

So ruinieren sie unser Land

Vorwort von Heinrich Lummer

Es ist alles schon mal dagewesen. Und doch lassen sich die Leute von Fakten, die mit Händen zu ergreifen sind, gar so schwer belehren.

Schon die Josefs-Geschichte des Alten Testaments hat in schöner Eindringlichkeit die Erkenntnis vermittelt, daß nach fetten Jahren auch magere kommen können. Der Traumdeuter Josef wird vom Pharaos sofort verstanden und in Amt und Würden eingesetzt, damit er in fetten Jahren spart, um in den mageren über die Runden zu kommen.

Die Josefs-Geschichte hätte uns alle eine Lehre sein müssen. Auch der sogenannte Club of Rome hatte das Ende des Wachstums vorausgesagt. Wir waren in mehrfacher Hinsicht vorgewarnt. Und doch haben wir die Zeichen der Zeit nicht begriffen. Einerseits haben wir in „fetten“ Jahren nicht gespart, sondern Schulden gemacht in der trügerischen Hoffnung, daß es so weiterginge und noch besser werde. Dazu der Präsident des Weltwährungsfonds Köhler: „Ich halte es für ein schweres politisches Versäumnis vor allem der großen Länder Europas, daß sie ihre finanzpolitischen Hausaufgaben - sprich: den Abbau der Haushaltsdefizite nicht in konjunkturell guten Zeiten gemacht haben. Hätten sie das getan, stünde man jetzt nicht vor diesen Kalamitäten mit dem Stabilitätspakt.“

Und andererseits haben wir die Gewerkschaften, die es zu Zeiten des Pharaos noch nicht gab, mit dem von ihnen hochgehaltenen Prinzip der Besitzstandswahrung, das es unmöglich macht in schlechten Jahren angemessen zu sparen und den Gürtel enger zu schnallen.

Aber es gibt nur zwei Möglichkeiten mit der Situation fertig zu werden. Entweder spart man in der Zeit, um etwas in der Not zu haben oder man verfährt nach dem Motto, jeweils nicht über seine Verhältnisse zu leben, was in schlechten Zeiten dazu führt, das Prinzip der Besitzstandswahrung aufzugeben. Das heißt nichts anderes als daß man den „Sozialabbau“ jedenfalls zeitweise in Kauf nehmen muß.

So einfach ist das, wenn man nicht rechtzeitig die Lehren der Josefs-Geschichte beherzigt.

So haben die Gewerkschaften, wenn es um ihren eigenen Bereich geht, das Prinzip der Besitzstandswahrung längst hinter sich gelassen. Sozialabbau ist da voll im Gange. Ver.di Finanzchef Gert Herzberg verlangt dazu, von den gewerkschaftlichen Arbeitnehmern „auf zehn Prozent ihres Gehalts zu verzichten“. Im Gegenzug bietet Herzberg zehn Prozent mehr Freizeit an. Generell würde diese Art von Flexibilität sehr wohl tun. Aber davon ist leider nicht die Rede.

Während der Vorsitzende des DGB, Sommer, nicht aufhört eine Ausbildungsplatzabgabe für alle Betriebe zu verlangen, die weniger als 6 % der Beschäftigten ausbilden, hatte der DGB im eigenen Haus im letzten Sommer nur 0,3 % zu bieten. Die IG-Metall kommt nur auf 0,9 % und Ver.di nur auf ganze 0,3 %. Früher hieß es immer in einer volkstümlichen Fassung des Kategorischen Imperativs, was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem anderen zu. Bei den Gewerkschaften ist das Messen mit zweierlei Maß üblich geworden. Das ist in der Tat eine Zumutung, die unserer Volkswirtschaft ganz und gar nicht bekommt.

Die Macht der Gewerkschaften beruht auf der Tatsache, daß sie mit Streiks drohen können. „Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Räder still“, hieß das Motto. Und vom Streikrecht wurde Gebrauch gemacht. Demgegenüber hat sich die Aussperrung als stumpfe Waffe erwiesen. Wenn man die sogenannten Warnstreiks hinzunimmt, die wesentliche Teile der Volkswirtschaft lahm legen können, kann von einer Waffengleichheit nicht mehr die Rede sein. Da jedoch die Globalisierung über die Grenzen der Nationalstaaten hinausgeht, haben die Arbeitgeber, sofern sie groß genug sind, die Möglichkeit mit ihrer Produktion auf andere Länder, wo die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt günstiger sind, auszuweichen. Der Standort wird zur wesentlichen Bedingung für die Ansiedelung der Produktionsstätten. Er wird auswechselbar. Und die Zahl der abgewanderten Betriebe spricht Bände. Die einst hervorragende Bildung in Deutschland, die zuweilen die Höhe der Lohnnebenkosten gering erscheinen ließ, ist als Standortvorteil verschwunden. Millionen von ungelernten Arbeitskräften wandern zu und Hunderttausende von Arbeitsplätzen wandern ab. Das kann unsere Volkswirtschaft nicht verkraften.

Das Gebot der Stunde heißt also: Die Gewerkschaften müssen sich selbst beschränken oder ihre Einflußmöglichkeiten müssen gesetzlich beschränkt werden. Das deutsche Arbeitsrecht muß internationalen Bedingungen angepaßt werden, weil nur noch sehr viel spärlicher das stolze „made in Germany“ zu lesen sein würde. Die deutsche Autoindustrie erlebt derzeit einen solchen Einbruch.

Eine der Bedrohungen für den Standort Deutschland ist in dem Ausmaß gewerkschaftlicher Mitbestimmung zu erkennen. Ich war selbst Gegenstand einer solchen praktischen Machtfülle der Gewerkschaften, als diese mir einen Arbeitsplatz über die Zustimmung des Betriebsrates verweigern wollten, wenn ich nicht Mitglied

der Gewerkschaft werde. Das war nur ein kleiner Pressionsversuch, der allerdings dazu geführt hat, daß ich niemals einer Gewerkschaft beitreten würde.

Viel stärker wirkt sich das Maß der Mitbestimmung aus, das im internationalen Bereich kein vergleichbares Echo gefunden hat. Insofern erscheint es nicht verwunderlich, daß Forscher und Manager immer mehr das deutsche Tabu der Mitbestimmung angreifen.

Was sich Zwickel in Sachen der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone geleistet hat, spottet jeder Beschreibung. Und der Herr Bsirske als Mitglied des Aufsichtsrates der Lufthansa zettelt als Vorsitzender von Ver.di einen millionenschweren Streik an, der vor allem die Lufthansa treffen soll. Und in beiden Funktionen wird er großzügig honoriert. Das reimt sich nicht.

Kurz gesagt: Die internationale Verflechtung der Wirtschaft erzwingt eine Überprüfung der deutschen Mitbestimmung. Das international nicht übliche Ausmaß der Mitbestimmung wird zum Standortnachteil für Deutschland. Noch vor wenigen Jahren war die Forderung einer Einschränkung der Mitbestimmung ein Sakrileg. Galt doch die deutsche Mitbestimmung als fortschrittlich im Sinne einer Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Doch die Macht der Gewerkschaften in den Kontrollorganen behindert zunehmend eine optimale Unternehmensführung und wird so zum Standortnachteil. Das deutsche Modell hat sich nicht durchgesetzt. Der Finanzchef von Daimler-Chrysler, Gentz, sagte dazu: „Eine gute Führung und Kontrolle von Unternehmen (Corporate Governance) ist fast unvereinbar mit der Mitbestimmung.“ Und Heinz-Joachim Neubürger (Siemens) pflichtete ihm bei: „Der Veränderungsdruck ist zu groß geworden. Wir müssen versuchen, uns von diesem Tabu zu befreien,

und dürfen die Mitbestimmung nicht länger von Reformen aussparen.“

Die internationale Verflechtung der Wirtschaft erzwingt, was ohnehin zu einer Pfründe für Gewerkschafts-Funktionäre verkommen ist.

Das ändert nichts an den historischen Verdiensten der Gewerkschaftsbewegung. Die sind unbestritten. Die Gewerkschaften waren jedoch nicht in der Lage sich an eine veränderte Welt anzupassen. Und darum müssen wir ihnen den Spiegel vorhalten, wie das Peter Helmes in schonungsloser Weise tut. Er tut es „sine ira et studio“. Bei diesem Thema handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Überlebenschancen unserer Wirtschaft angesichts neuer weltweiter Herausforderungen. Möge der Beitrag von Peter Helmes eine fruchtbare Debatte entfachen, die zu einer Veränderung beiträgt. Denn so weitermachen wie bisher treibt unsere Volkswirtschaft und damit unseren Staat in den Ruin.

TEIL I

Veraltet, verkrustet, verkrampft – so macht der DGB den Staat kaputt

„*Nieten in Nadelstreifen*“ lautete der populäre – und zutreffende – Titel des Buches von Günter Ogger über Fehler und Struktur-schwächen deutscher Manager. War dies für etliche der Betroffenen in Deutschland richtig, um so mehr trifft dies auch für die meisten deutschen Gewerkschaftsfunktionäre zu. Der political correctness entsprechend hießen sie dann aber eher „Blamierte im Blaumann“. Gewerkschaftsbosse wie Peters, Bsirske, Wiesebergel oder Engelen-Kefer scheinen nicht zuerst die Interessen der Arbeitnehmer zu verfolgen, sondern sie haben zuallererst ihre eigene persönliche Macht im Auge. Die wenigen anständigen, honorigen Funktionäre des DGB, deren oberstes Ziel die Interessenvertretung ihrer Mitglieder ist, sitzen aber meist nicht in den Gewerkschaftsspitzen, sondern in den Betriebsräten – übrigens auch ein Grund mehr dafür, die Tarifhoheit auf die Betriebsräte, also auf die Betriebsebene, zurückzuverlegen.

1. Krise des DGB

Die nicht zu übersehende Krise des DGB hat die strukturellen Schwächen der Gewerkschaften offengelegt. Auf Vorwürfe reagieren die Betroffenen gereizt. Sie bellen – und beißen – gefährlicher, je schwächer und angegriffener sie sind oder sich fühlen. Betrachten wir einmal die wichtigsten Befunde in Kurzform:

- Die Gewerkschaften sind in Ideen und Mitgliedschaft überaltert.
- Sie sind im Industriezeitalter des 19. und 20. Jahrhunderts stehen-geblieben und gebärden sich wie Dinosaurier.
- Im Mittelstand und vor allem im zukunftssträchtigen Dienstlei-stungssektor kriegen sie kein Bein auf den Boden.

- Frauen sind erheblich unterrepräsentiert. *„Arbeitnehmerinnen fühlen sich sogar vom Bund Katholischer Frauen stärker vertreten als von uns“*, spottet IG-Metall-Vize Berthold Huber (1).
- Die Jugend läuft den DGB-Gewerkschaften gleich scharenweise davon (in den letzten zehn Jahren über 700.000) oder finden erst gar nicht zum DGB.
- Angestellte vor allem moderner Berufe fristen ein Nischen-Dasein, weil der DGB noch immer – jeglicher Entwicklung zum Trotz – Arbeiter-orientiert ist und in altem Klassendenken verharrt.
- Klarer ausgedrückt: In Deutschlands Betrieben gibt es immer mehr Angestellte und Frauen, in den Gewerkschaften jedoch viel mehr Männer und Arbeiter. Die IG-Metall hat dies zur allgemeinen Überraschung selbst deutlich formuliert (Vorlage zu ihrem Zukunftskongreß 2002): *„Unsere Mitgliederstruktur spiegelt die Industriegesellschaft der sechziger und siebziger Jahre“*, nicht aber die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. (Angestellte in Unternehmen: 42 % der Beschäftigten, im DGB 17 %; Frauen-Anteil bei den Beschäftigten: 45 %, im DGB 31 %). Folge: Themen, die etwa besser Verdienende oder Frauen besonders interessieren, spielen in der Politik des DGB keine besondere Rolle. *„Blau-männer“* haben Berührungängste gegenüber *„weißen Kragen“*.
- Die Tarifpolitik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften geht dementsprechend in weiten Bereichen an der betrieblichen Realität vorbei. *„Es ist schon erstaunlich, wie viel Energie wir z. B. in die Durchsetzung der Altersteilzeit stecken und wie wenig es möglich ist, über eine Erziehungs-Teilzeit auch nur zu reden“*, sagte jemand, der es wissen muß: Armin Schild, oberster Tarifpolitiker der IG-Metall. Und Wolfgang Müller, DGB-Funktionär bei Siemens, stellt fest: *„Mit einem 'auf, auf zum Kampf!' kommt man nicht weiter“*(2)
- Der Unterschied zwischen dem, was die Bevölkerung denkt, und dem, was die Mitglieder der Gewerkschaften denken, ist immer

geringer geworden. Das haben die Gewerkschaften in Deutschland noch nicht verstanden.

- Arbeitslose fühlen sich vom DGB erst gar nicht vertreten.
- Auf die Herausforderungen der neuen Dienstleistungsgesellschaft gibt der DGB keine Antwort. In einer Dienstleistungsgesellschaft geht es nicht mehr nach dem Motto „unten wird ausgeführt, was oben geplant wird“, sondern da haben die Mitarbeiter vor Ort, in den Betrieben, die wertvollsten Informationen, den direkten Kundenkontakt. Aufgabe der Führung ist nicht mehr Planung, Anweisung, Kontrolle, sondern Unterstützung und Koordination.
- Die Betriebsräte sind inzwischen geschult genug. Sie können den betrieblichen Alltag gestalten und rechtzeitig paßgenaue Beschäftigungsbündnisse mit den Arbeitgebern schmieden. Deshalb werden Macht und Einfluß der Betriebsräte zunehmen – zulasten des Funktionsapparates. Dagegen sträuben sich aber die Gewerkschaftsspitzen.
- Das heißt aber auch: Öffnung des Flächentarifs, um Arbeitsplätze zu sichern. Dazu brauchen die Betriebsräte fachlich fundierte, aber wertfreie Beratung. Klassenkampfpapieren haben da keinen Platz. Die Betriebsräte wollen nicht mehr von einer Zentrale gesagt bekommen, was für sie gut ist. Sie entscheiden selbst.
- Nahezu alle bisherigen Versuche, die dringenden Reformen auf den Weg zu bringen, sind in den vergangenen Jahren durch den teils lautstarken, teils verdeckten Widerstand der Gewerkschaften verhindert worden. Das bekam schon Kohl zu spüren (bei der Änderung des Lohnfortzahlungsgesetzes 1997/98) wie jetzt die Regierung Schröder, nachdem ihr Bündnis für Arbeit ebenfalls an der Blockade-Politik des DGB gescheitert ist.
- Die Gewerkschaften begründen ihren Widerstand mit dem angeblichen Abbau des Sozialstaates. Sie wollen einfach nicht begreifen, daß der Sozialstaat angesichts von offiziell rd. fünf Millionen Arbeitslosen und noch einmal über zwei Millionen verdeckten Arbeitslosen schon lange kein Sozialstaat mehr ist. **Sozial**

ist nur, was Arbeit schafft; unsozial ist, was Arbeitsplätze vernichtet. Wenn die Gewerkschaften mit Blick auf die gegenwärtige Krise immer noch an ihrer Verhinderungsstrategie festhalten, dann müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, sie seien weniger am Erhalt des Sozialstaates als vielmehr am Erhalt ihrer eigenen politischen Macht (und Pfründe !) interessiert.

- Schon ein gezielter Warnstreik löst Produktionsstörungen aus, die zu Lieferverzögerungen und dadurch zu empfindlichen Konventionalstrafen führen können – wie der letzte Streik in Sachsen gezeigt hat: In bayerischen Automobilbetrieben blieben die Räder stehen, weil Teile zur Fertigung fehlten. So kann bereits ein kurzer Streik in einem wichtigen Produktionsbereich ein Unternehmen ruinieren und damit Arbeitsplätze vernichten. Was aber noch schlimmer ist: Die Unternehmen können sich dagegen nicht einmal wehren. Aussperrung – wenn überhaupt möglich – würde das Unternehmen nur noch tiefer in die Falle der Konventionalstrafen laufen lassen. Der Unternehmer reagiert, wenn er den Konflikt nicht gewinnen kann, mit Weg-Rationalisierung der Arbeitsplätze oder verlagert den Betrieb ins Ausland.
- Wollte man das Übel der Massenarbeitslosigkeit an der Wurzel fassen, müßten entscheidende Restriktionen fallen: Kündigungsschutz (siehe Seite 62) und tarifpolitische Bevormundung durch die Gewerkschaften (siehe Seite 49). Die durch die Gewerkschaftspolitik verursachte Verriegelung des Arbeitsmarktes, die Stammebelegschaften schützt und Außenstehenden den Einstieg in das Erwerbsleben erschwert, würde aufgebrochen. Die Regelungshoheit der Gewerkschaften, die natürlich jede Mitverantwortung an der hohen Arbeitslosigkeit abstreiten und die Folgen auf die öffentlichen Kassen abwälzen lassen, würde disponibel.
- Der DGB kennt offensichtlich nur „Widerstand“. Widerstand gibt es zu den Hartz-Vorschlägen, Widerstand auch zur Agenda 2010. Gewerkschaftliche Betriebsorganisationen fordern ebenso Kampfmaßnahmen wie außerbetriebliche Gewerkschaftsgremien. Die Bundes-

konferenz der ver.di-Jugend z.B. fordert einen eintägigen Generalstreik(!) gegen die Agenda 2010. Oder: Vertrauensleute der ver.di-Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach beschließen betriebliche und außerbetriebliche Aktionen. Der „politische Streik“ ist aber illegal – es ist die Ausübung eines „allgemeinpolitischen Mandates“, vom DGB immer wieder bestritten, aber Realität.

- In vorderster Reihe gegen Sozialreformen finden wir natürlich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Sie sind – dem Arbeitgeber Staat sei Dank – in fast allen Industrieländern höher organisiert als die Industriegewerkschaften. Sie machen mobil gegen „Sozialabbau“ und Privatisierung. *„Wir wollen das Dogma von der Überlegenheit von Marktlösungen entkräften“*, sagt dazu Carola Fischbach-Pyttel, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst. Der Berliner Wirtschaftssoziologe und Gewerkschaftsforscher Manfred Wilke konstatiert ganz trocken dazu: *„Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gehören europaweit zu den strukturkonservativsten Vertretern ihrer Zunft. Im öffentlichen Sektor kommen Strukturreformen daher langsamer voran als in der Privatwirtschaft.“*⁽³⁾ Während überall auf der Welt die Gewerkschaften auf dem Rückmarsch sind, können sie im privilegierten öffentlichen Dienst ihre Bastionen weitgehend verteidigen.
- Der DGB ist mit seinen Gewerkschaften noch nicht in der Jetzt-Zeit angekommen. Auf neue Technologien reagieren sie mit Angst, Übertreibung und Zähneklappern. Dies mag ein Beispiel verdeutlichen: Als die Läden einer großen Handelskette elektronische Preisschilder und Displays einführten, die sich schnell veränderten Preisverhältnissen anpassen und an den Kassen dann auch elektronisch gelesen werden können, betrachtete dies die Handelsgewerkschaft ver.di als Horror. Sie befürchtete, durch diese elektronischen Erfassungen würden Kassiererinnen, Lagerarbeiter, Etiketten-Drucker etc. überflüssig. Wie in der Steinzeit: „Computer machen Arbeitsplätze kaputt.“ Was Quatsch ist. Nebenbei bemerkt,

so „weit“ waren auch schon mal die „Grünen“: Bis Mitte der neunziger Jahre galt bei ihnen ein selbstverordnetes Computerverbot. Und als in der Druckindustrie der Bleisatz ersetzt werden sollte, hieß es, die neue digitale Technik würde zehntausende Arbeitsplätze vernichten. In Wirklichkeit waren alle diese Unkenrufe Unfug: Die Einführung digitaler Technik hat weit mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet. Allein in der deutschen IT-Branche (Informationstechnologie), die zum führenden Wirtschaftszweig unseres Landes geworden ist, wurden rd. 800.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Vom „papierlosen Büro“ redet heute auch niemand mehr. Bitteres Fazit der technologiefeindlichen Haltung: Struktur- und damit meist Langzeitarbeitslose sind vor allem die, die von diesen Panikmachern von der Technologie ferngehalten wurden.

2. Angst vor Modernisierung

Die Angst der Gewerkschaften hat noch weitgehendere Gründe, und ich bin mir durchaus bewußt, daß dieser Vorwurf zwar bössartig, aber zutreffend ist: Automation und Technik bedeutet nicht automatisch Arbeitsplatzverlust – wenn Alternativen genutzt werden (können). Dies bedingt aber „Wissen“, harte Arbeit und Weiterbildung. Denn nur wer versteht, kann die Änderung begreifen. Gewerkschaften schüren teilweise Zukunftsängste, weil sie ungebildete Kräfte leichter bei der Stange halten können. Wer etwa kapiert hat, daß Automation auch persönliche Freiräume schafft, ist nicht so leicht für die „Killerargumente“ der Zukunftsgegner einzunehmen. *„Nur wenn die Menschen lernen, Technik für sich selbst zu nutzen, werden sie ihre Angst verlieren und damit die digitale Revolution erst in die Welt bringen“*, verdeutlichte dazu der international bedeutende Web-Fachmann Mitch Kapor. Ganz einfach: „Wer dumm ist, ist dumm dran.“ Wollen das die Gewerkschaften wirklich?

Wer gesellschaftlich und ethisch richtig handeln will, muß sich mit Technik und ihren Folgen ernsthaft auseinandersetzen. Weite Teile im

DGB machen jedoch lieber die Augen zu, da sie den selbständigeren Menschen fürchten. Rezepte von vorgestern verstellen den Blick für das Heute, erst recht für die Herausforderungen von morgen. Es geht im Kern um die Frage, ob die Gewerkschaften noch in der Lage sind, die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitsuchenden zu vertreten. Sie müssen endlich begreifen, daß ein Sozialstaat nur funktioniert, wenn sie die Grundlagen der Ökonomie anerkennen. Viele Gewerkschaftsfunktionäre, offensichtlich in ihrem Herzen noch immer dogmatisch, leben in einer Traumwelt, in der die Unternehmer und das Kapital die Bösen sind, die „das Geld“ verstecken, und in der die unterdrückten und betrogenen Massen es ihnen entreißen müssen. Das war 19. Jahrhundert. Daß es aber heute den meisten Unternehmern schlechter geht als ihren Mitarbeitern, halten sie für ein Gerücht aus der Kampfbox des BDI. Gegen diese Krise setzen die Gewerkschaften vornehmlich nur ein Mittel: das der Ignoranz. Sie haben keine Argumente – und ersetzen sie mit Parolen und Trillerpfeifen, was ihnen selbst Kanzler Schröder vorhalten mußte. Selbst IG-BCE-Vorsitzender Hubertus Schmoldt mahnte: *„...Trillerpfeifen können Unmut deutlich machen, aber sie ersetzen keine Debatte...“* (4) Aber: Je aggressiver sie drohen und je mehr sie pfeifen, desto deutlicher wird ihre Unfähigkeit, die Krise zu bestehen. Dies will ich später (Teil II) an einigen wesentlichen Themen belegen.

Die DGB-Gewerkschaften verteidigen hartnäckig Besitzstände, die schon lange verloren sind. Dieses Land braucht aber einen Konsens darüber, daß selbst gerechtfertigte Ansprüche, teilweise oder ganz, auf Dauer nicht mehr zu erfüllen sind, wenn sich nichts wesentliches ändert. Dies gilt für Rentner ebenso wie für Arbeitslose, Kranke, Studenten und viele andere. **Wie schlecht muß es diesem Land und seinen Bürgern noch gehen, bis sich Vernunft durchsetzt? Wann merken die, die besitzen und über den drohenden Verzicht jammern, eigentlich, daß sie dabei sind, mehr zu verlieren, als ihnen die nötigen Reformen jetzt abverlangen würden? Und wann**

merkt der DGB, daß er mit seiner Politik vor allem diejenigen vor den Kopf stößt, die keine Arbeit haben? Die demographische Entwicklung, die unser Sozialsystem vor die vielleicht härteste Bewährungsprobe stellt, läßt sich durch Parolen weder aufhalten noch gegenfinanzieren. Und das blinde Festhalten am Erreichten („Diese Reform – nicht mit uns!“) gefährdet letztlich das gesamte System. So ist der DGB mit aller Kraft dabei, unser Land zu ruinieren. In der Vorstellungswelt der Bsirkes und Peters’ haben Schlüsselworte wie „Modernisierung“, „Flexibilität“ oder „Reform“ einen verdächtigen Geruch. Sie meiden sie, weil sie an ihren orthodoxen Grundlagen rütteln. Sind in ihrem Herzen Altmarxisten geblieben.

14 Jahre nach dem Ende der SED-Herrschaft gewinnen die antikapitalistischen Orthodoxen im DGB wieder an Boden – ein Gipfel der Ironie.

3. Schutzzaun gegen die Arbeitslosen

Sie reklamieren „soziale Gerechtigkeit“ und meinen „Umverteilung“. Die Reichen sollen’s richten. Soziale Gerechtigkeit in ihrem Sinne ist die Verteidigung der Arbeitsplätze mit Zähnen und Klauen, wobei die Arbeitslosen auf der Strecke bleiben. Es ist der Schutz der Arbeitsplatz-Besitzenden, für deren Arbeitsbedingungen man Streiks vom Zaun bricht – für mehr Lohn und weniger Arbeitszeit. Dies ist aber auch ein Schutzzaun gegen die, die draußen vor der Tür um Arbeit nachsuchen. Wer im DGB die Einstiegslohne in die Höhe treibt und sie mit Arbeitszeit- und Kündigungsschutz-Regelungen zementiert, verwehrt Millionen von Arbeitslosen den Zugang zu einem Arbeitsplatz – und damit zu gesellschaftlicher Anerkennung. Die von den Gewerkschaften einst erkämpfte „Würde des Arbeiters“ gilt wohl nicht für Arbeitslose. Das ist blanker Gewerkschaftszynismus.

Schlimmer noch: Es kommt zu einer unheilvollen Kombination von Dauerarbeitslosigkeit und Finanznot in den öffentlichen Etats und

Sozialkassen, die zu erheblichen Einschnitten zwingen. Und genau da rufen die Gewerkschaften, die die Misere mitverursacht haben, ganz laut: „Halt! Nicht mit uns!“ Was diese Blinden nicht sehen (wollen): Kern der „deutschen Misere“ ist der überzogene Sozialschutz, der sich längst gegen die richtet, die er eigentlich schützen wollte. Frühverrentung, Altersteilzeit, Transfergesellschaften, ABM oder Strukturkurzarbeitergeld sind Maßnahmen, die von Gewerkschaften und Unternehmen aktiv genutzt wurden, den Wandel sozialverträglich abzufedern. Die Folge dieser „Sozialverträglichkeit“: Heute liegt in unserem Land die Beschäftigungsquote der Erwerbsbevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren bei 38 Prozent; in Schweden z.B. liegt sie bei immerhin 60 %. In Deutschland sind also über 60 % der erwerbsfähigen Menschen über 55 Jahre ohne Arbeit, was den deutschen Wohlfahrtsstaat und seine Sozialkassen soviel kostet, daß selbst Grüne und SPD in ihrer Mehrheit nicht mehr an den Nutzen dieser großzügigen Sozialpolitik glauben.

Der Bürger faßt es nicht. Mitten in der großen Wirtschaftskrise unseres Landes forderte die IG-Metall in Sachsen eine 35-Stunden-Woche auf Lohnniveau West – und hätte damit den einzigen bedeutenden Standortvorteil (Lohn) in den neuen Bundesländern vernichtet (siehe Kapitel „Streik“, Seite 66). Der Streik ging daneben. Die IG-Metall erlebte die größte Blamage ihrer Geschichte.

Und als ob es keine Krise in der deutschen Wirtschaft gäbe, fordert der DGB nach dem Motto „weiter so“ stur „mehr Geld“ – selbst jetzt, im Herbst 2003, da sich alle aufmachen, neue Konzepte für eine Bewältigung der Krise zu finden. Angesichts geplanter Kürzungen z.B. beim Weihnachtsgeld haben die Gewerkschaften, wieder ´mal, „harte Tarifverhandlungen“ angekündigt. *„Wer tarifliche Sonderleistungen streicht, muß mit höheren Lohnforderungen in der nächsten Tarifrunde rechnen“*, posaunt der DGB-Tarifexperte Reinhard Dombre (5). Und er setzt noch eins drauf: Wenn zusätzlich Sozialreformen

ins Nettoeinkommen schnitten, erhöhe dies den Erwartungsdruck der Mitglieder. Da ist es wieder, das ewige Ritual von gestern. Reformen vielleicht, aber es darf nichts kosten.

Peters, Bsirske, Wiesehügel, Engelen-Kefer – diese Namen stehen besonders für eine geistige Haltung, die vielleicht noch in den siebziger Jahren ging: „Gleiche Arbeitsbedingungen für alle!“ „Kein Sozialabbau!“ usw.. Stumpfe, dumpfe, geistlose Parolen. Wenn ver.di zum Streik aufruft, wähnt man sich in einer anderen Republik, als würde um Hungerlöhne südamerikanischer Bananenpflücker gekämpft. Tatsächlich geht es aber um die Privilegien unkündbarer Staatsdiener. Die Parolen IG-Metall, IG-BAU und ver.di sind gleich.

4. Heuchelei der Gewerkschaftsbosse

Doch die Bürger blicken immer mehr durch; sie sind die Parolen satt. Das Image der Gewerkschaften ist miserabel wie nie. Die öffentliche Stimmung dreht sich gegen die Bonzen, weil deren Heuchelei allzu durchsichtig ist und schonungslos aufgedeckt wird:

- Kaum war die „Dienstleistungsgewerkschaft“ ver.di gegründet - entstanden aus der Fusion mehrerer alter Gewerkschaften, die über 1.000 Berufe vertreten -, genehmigten sich die 84 Führungskräfte neue, fette Gehälter, allen voran ver.di-Chef Bsirske, dessen Gehalt von 17.000 auf 27.000 DM hochschnellte (6, S. 29 ff.).
- Gleichzeitig legte derselbe Vorstand aber einen Sanierungsplan auf den Tisch, der 1.000 ver.di-Mitarbeitern den Arbeitsplatz kosten und allen 5.000 Mitarbeitern mehr Stunden für weniger Bezahlung bringen sollte.
- Helmut Wagner, Chef des „Verbandes der Gewerkschaftsbeschäftigten“ – also die Gewerkschaft der Gewerkschaftsmitarbeiter -: *„Die Basis versteht nicht, wenn ausgerechnet Bsirske fordert, das*

Urlaubsgeld zu opfern, um den Arbeitsplatz bei ver.di zu erhalten, er selbst aber nicht bereit ist, von seinem Entgelt etwas nachzulassen.“ (7)

- Noch dreister der bisherige IG-Metallchef Zwickel: Als Aufsichtsrat der Mannesmann AG ließ er die 30 Millionen Euro Abfindung des Vorstandsvorsitzenden Klaus Esser passieren, was ihn aber nicht hinderte, zugleich gegen die Raffgier der Manager zu wettern. Vielleicht glaubte er, die Millionen Abfindung würde geheim bleiben. (s.S. 60)
- Blankes Entsetzen in der Bevölkerung, vor allem aber in seiner Gewerkschaft, verursachte Peters, als die Affäre um den Kauf seiner Villa in Hannover bekannt wurde. Nach Gutsherrenmanier hatte er sich mit Freunden in bester Lage von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ein Filet-Grundstück mit Villa „besorgt“. Wurde der vereinbarte Kaufpreis von 690.000 Euro, der weit unter Marktwert liegen soll, erst nach Abschluß des öffentlichen Bietverfahrens festgelegt? Und was passiert mit den z.T. lang- jährigen Bewohnern dieser Villa? Geschmack- und instinktos ist das Mindeste, was man dazu sagen kann.
- Landauf, landab werfen die Gewerkschaften den Unternehmen vor, sie würden nicht genug ausbilden. Brav gesprochen! Doch die Gewerkschaften selbst, die immerhin um die 11.000 Beschäftigte haben, bieten weit weniger Ausbildungsplätze an als der Durchschnitt der deutschen Unternehmen. Im bundesweiten Durchschnitt sind 5,6 % (West, 6,5 % Ost) aller Beschäftigten Lehrlinge; bei ver.di sind es gerade mal 0,4 %, bei der IG-Metall 0,9 %, bei der IG-BCE 0,1 % und beim DGB selbst 0,3 %. Das ergab eine Erhebung der Financial Times Deutschland (18.08.03). Der „Gegner“, der BDA (Bundesverband der Arbeitgeber), hingegen bietet mit 5 % überdurchschnittlich Ausbildung an, die Handwerkskammern sogar 6,1 %. Das also ist „Dichtung und Wahrheit“ beim DGB: Der DGB fordert ungeachtet der eigenen „Leistung“ eine Ausbildungsquote von 6 %. Wer diese nicht ein-

hält, soll eine Ausbildungsabgabe zahlen. Die DGB-Gewerkschaften wären die Ersten, die diese Abgabe zahlen müßten.

- Der DGB gebärdet sich als Unternehmer und Arbeitgeber wie ein Früh-Kapitalist (siehe auch (6), ab Seite 33). Die „Unternehmenslage“ wird verschleiert, damit die Macht der Genossen nicht so deutlich aufscheint. Ganz anders die amerikanischen Gewerkschaften: Sie müssen detailliert Auskunft über ihre Finanzen geben. Explizit müssen die Ausgaben für die politische und die Lobby-Arbeit sowie die Kosten der Verwaltung aufgelistet werden. Im Zahlenwerk des DGB wird man aber vergeblich z. B. nach den Millionen-Zuschüssen des DGB für den rot/grünen Wahlkampf suchen. Sie sind verdeckt.
- Das Zusammenspiel zwischen Gewerkschaft und Staat funktioniert auch auf einer „ganz nebensächlichen“ (?) Ebene hervorragend: Ehemalige DGB-Funktionäre haben beste Chancen, als „Sozialattachés“ die deutschen Botschaften im Ausland zu bereichern und dort für die Segnungen gewerkschaftlicher Forderungen zu kämpfen. „Honi soit, qui mal-y-pense“.

Moral und Anstand, ehemals bei den Gewerkschaften gefeiert, sind verlorengegangen. So kommt es, daß gerade noch ein Viertel der Deutschen glaubt, die Gewerkschaften hätten die richtigen Rezepte. (Vor einem Jahr war es noch ein knappes Drittel der Bevölkerung.) So schnell geht Vertrauensverlust: Nur noch 34 % setzen in die Gewerkschaft Vertrauen, 81 % der Deutschen empfehlen ihnen, endlich Neuerungen zu akzeptieren (8).

Selbst unter denjenigen, die von den Wohltaten unseres Sozialsystems profitieren, gibt es viele, die inzwischen die Gewerkschaften nicht nur für überflüssig, sondern sogar für schädlich halten, weil sie den ökonomischen Wandel behindern und Arbeitsplätze aufs Spiel setzen. Der DGB hat das Gespür für das Notwendige und Machbare verloren. Er leidet unter Realitätsverlust. Ökonomische Wirklichkeit ist nun

einmal – da mögen sich die Traditionalisten noch so wehren –, daß Tarifabschlüsse, die über die Produktivität hinausgehen, langfristig Arbeitsplätze kosten – erst recht in Zeiten der Globalisierung, in der Betriebe ohne große Mühe ihre Produktion verlagern können. Die Gewerkschaften müssen mehr bieten als nur maximale Lohnforderungen oder kürzere Arbeitszeiten. Sie müssen Stellung beziehen zu den Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen, wie Renten- und Gesundheitspolitik oder die Folgen der Globalisierung. Immer nur „Nein“ sagen, ist zu wenig.

5. Keine Flexibilität

Auch am Arbeitsplatz greift der Mechanismus von Angebot und Nachfrage. Es entsteht tendenziell Arbeitslosigkeit, wenn die Löhne zu hoch liegen. In Zeiten knapper Arbeit schlagen höhere Löhne – ebenso wie der Anstieg der Lohnnebenkosten – auf die Zahl der Arbeitsplätze durch. Die Macht der Gewerkschaften hat dazu geführt, daß das deutsche Lohnniveau weit über dem liegt, was bei einem individuellen Aushandeln zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herauskäme. Dieses Ungleichgewicht hat schon viele Arbeitsplätze gekostet. Die Rechnung zahlen die Arbeitnehmer, die sich für ihren Arbeitgeber nicht mehr rentieren. Sie wandern ab in die Arbeitslosigkeit. So steht ein weiterer Gewerkschaftszynismus fest: Die ewige Lohnsteigerungspolitik der Gewerkschaften schadet den Schwächsten. (Und es ist kein Trost, daß dies gleichermaßen auch für das Unternehmerlager gilt, wo kleine Betriebe ebenfalls ins Gras beißen.)

Die Gewerkschaften sind offensichtlich gewöhnt, (nur) neue Forderungen zu stellen. Flexibilität, Stillstand oder gar Rückschritt käme für sie nie infrage. So stehen sie heute an der Wand, einer Mauer, die sie selbst errichtet haben. Eine Minderheit – das sind schließlich die 7,7 Millionen Gewerkschafter gegenüber 34 Millionen Arbeitnehmer – vernichtet mit lautstarkem Beharren auf den „sozialen Errungen-

schaften“ am laufendem Band Arbeitsplätze. Man muß sich nur die verqueren Parolen der unseligen Frau Engelen-Kefer anhören, die offensichtlich keinem Mikrophon ausweichen kann. Deutschland muß aber begreifen, daß die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ein schmerzhafter Kampf ist. Die Mehrheit muß in Zukunft den Ton angeben – nicht die gewerkschaftliche Minderheit, die mit ihrem verklärten „Blick zurück“ den Staat kaputtmacht.

Das Weltbild der Gewerkschaften stammt noch aus den siebziger Jahren und ist vom Glauben an die Globalsteuerung und an die Allmacht staatlicher Regulierung durchdrungen. Die beiden Kongresse von IG-Metall und ver.di in diesem Jahr (2003) - diese beiden Gewerkschaften repräsentieren zwei Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland – haben dies drastisch vor Augen geführt: Von den „Reichen“ finanzierte staatliche Konjunkturprogramme zur Nachfragestützung, die Einbeziehung aller Beschäftigtengruppen und –Einkommensarten in die Sozialversicherung, die Abschottung des Arbeitsmarktes durch Vergabe- und Tariftreuegesetze, Mindestlöhne, Tarifikartelle und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, die Umverteilung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen – all das sind Klamotten aus dem Muffsack der Planwirtschaft. Diese Gewerkschaften wollen nicht mitgestalten, sondern bekämpfen.

Wer gestalten will, muß die Komplexität der Wirtschaft nachvollziehen: in neuen Konzepten und mit neuen Köpfen. Beides fehlt dem DGB. Die dringend nötige Zukunftsdebatte findet im DGB nicht statt, obwohl den Mitgliedern der Kampf gegen die oder die Verhinderung von Arbeitslosigkeit längst wichtiger ist als üppige Lohnzuwächse. Die Zeiten, als man mit dem Arbeitsvertrag zugleich auch das Gewerkschaftsbuch in die Hand bekam, sind vorbei. „Moderne“ Mitglieder betrachten auch die Gewerkschaftsmitgliedschaft unter Kosten-/Nutzen-Gesichtspunkten. Jeden Monat 1 % vom Brutto als Gewerkschaftsbeitrag – das überlegt sich mancher, und viele sagen

„nein“. So verlor der DGB in den ersten drei Quartalen dieses Jahres (2003) über 200.000 Mitglieder; die IG-Metall verließen bis Juli 87.000 Mitglieder, bis zum Jahresende werden es sicher weit mehr als 100.000 sein. Ver.di verzeichnete im ersten Halbjahr 2003 schon 50.000 Mitglieder weniger.

Hier einige Zahlen, die für das Verständnis der Organisation DGB wichtig sind:

DGB-Zahlen im Kurzüberblick (Stand 2002)	
Mitglieder (Tendenz: fallend)	rd. 7,8 Millionen (1991: 11,8 Mio.)
Organisationsgrad (Tendenz: fallend)	26 % (Anteil DGB-Mitglieder an allen Arbeitnehmern); 1991: 40 %
Betriebsratsposten (Tendenz: fallend)	58 % (Anteil DGB-Räte an Gesamtzahl Betriebsratsposten) 1990: 69 %
Beteiligungs- und Immobilienvermögen	ca. 4,7 Milliarden DM (Stand 1999)
DGB-Mitglieder im 15. Bundestag (Wahl 2002) (DGB-Mitglieder im 14. Bundestag/1998)	211 von insgesamt 603 (35 %) (186 von 251 SPD-Mitgliedern = 74 %) (275 von insgesamt 669 (238 von 295 SPD-MdB waren DGB-Mitglied)
Hauptamtliche Mitarbeiter (Tendenz: fallend):	11.000 (Vorstände, Gew.-Sekretäre, -Referenten, Verwaltung etc.)

Selbst die eigenen Mitglieder verweigern weitgehend ihre mit dem Mitgliedsbuch erkaufte Solidarität mit dem DGB. Zu den großangekündigten bundesweiten „Massenprotesten“ in 14 Städten des Landes kamen ganze 90.000 Menschen, also rd. 6.000 pro Aktion. Diese 90.000 machen aber gerade ´mal 1 Prozent der 7,7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aus – ein klägliches Ergebnis.

Die Funktionäre, so scheint´s, ficht dies nicht an. Die politischen Ämter, die Gewerkschaftsfunktionäre innehaben – Sitze in öffentlich-rechtlichen Institutionen, wie Rundfunkräte u. Rentenversicherungsträger, oder Aufsichtsratsmandate in Aktiengesellschaften – sichern ihnen ein gehobenes Einkommen und öffentliche Bedeutung. Es hat den Anschein, als kämpften sie zuerst um die Bewahrung der (eigenen) Besitzstände; das sich verändernde ökonomische und gesellschaftspolitische Umfeld wird einfach ausgeblendet. Statt sich neuen Entwicklungen zu stellen, wurden und werden nötige Reformen blockiert – aus mangelnder Einsicht und wegen fehlender Konzepte. Eine rasant sich verändernde Umwelt – das ist nicht die Heimat der Gewerkschaften. „Lassen wir doch bitte alles beim alten.“ Dazu meint IG-BCE-Chef Schmoldt mahnend: „...*Wir haben im Frühjahr bei den anderen Gewerkschaften **leider vergeblich** darum geworben, daß wir uns als Gewerkschaften reformwillig und reformfähig zeigen...*“⁽⁹⁾

Die Quittung für ihre Unsicherheit: In der Arbeitswelt haben Unternehmen längst eine Antwort auf überzogene oder antiquierte Gewerkschaftsforderungen gefunden: Rationalisierung und Produktionsverlagerung, begünstigt durch eine immer raschere Angleichung der internationalen Rahmenbedingungen. Das Ausland versteht die deutschen Gewerkschaften nicht, hat sie nie verstanden, und mitbestimmte Unternehmen werden schief angesehen. Nicht zuletzt Stellenabbau ist die Konsequenz. Doch Peters kündigt bereits an „Weiter so!“

Weiter so? Dann macht der DGB unser Land kaputt.

Weiter als der DGB sind auch hier die Arbeitnehmer selbst. Nach einer Umfrage des B.A.T. Freizeit-Forschungsinstitutes wünschen sich deutsche Arbeitnehmer „mehr Flexibilität, größere soziale Gerechtigkeit und stärkere Individualität in der Arbeitswelt“ (10). Jeweils 77 % aller Berufstätigen im Alter von 18 bis 24 Jahren sowie alle Führungskräfte und leitenden Angestellten würden sich für eine Senkung der Einkommen statt für Kündigungen entscheiden, wenn es ihren Unternehmen wirtschaftlich schlecht geht. „Abhängig Beschäftigte wollen die Wahl haben und selbst entscheiden dürfen, ob sie mit weniger Geld ihren Job behalten oder mit einer Abfindung ihren Job verlieren“, stellt der renommierte Leiter des Institutes, Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, fest (10). 22 % der Befragten könnten sich vorstellen, die tägliche Arbeitszeit gelegentlich auf bis zu zehn Stunden zu verlängern. Vor drei Jahren waren dies 15 % der Befragten.

Genau diese Flexibilität braucht Deutschland. Aber „Flexibilität“ ist auch genau das Reizwort, das die Gewerkschaften wie den Leibhaftigen fürchten. Also „weiter so“?

Einer der „Wirtschaftsweisen“, Prof. Dr. Wiegard, sagt es schonungslos: „...Die Gewerkschaften stehen zur Zeit mit dem Rücken zur Wand - nicht alle, aber in jedem Fall die IG-Metall und auch der DGB. Dagegen steht die IG-BCE für eine flexible und zukunftsfähige Gewerkschaftspolitik. **Was machen DGB und IG-Metall falsch?**

Deutschland leidet unter einer anhaltenden, strukturellen Wachstumsschwäche und einer viel zu hohen Arbeitslosigkeit. Dagegen helfen nur wirklich grundlegende Reformen auf den Arbeits- und Gütermärkten und in den sozialen Sicherungssystemen. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint dies auch einzusehen und zu akzeptieren.

Der DGB, die IG-Metall, auch ver.di wehren sich allerdings gegen notwendige Reformen; nicht nur das, die miserable Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hätte sich noch weiter verschlechtert, wenn die IG-Metall die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche durchgesetzt hätte. Der Einfluß der Gewerkschaften wird weiter abnehmen, wenn sie sich den erforderlichen Reformen noch länger in den Weg stellen...“⁽¹¹⁾

Sie nehmen die Realitäten nicht zur Kenntnis. Es ist ein ideologisches Märchen der Gewerkschaften, daß z.B. Arbeitszeitverkürzung mehr Beschäftigung bringe und Arbeit umverteilt werden könne. Das Gegenteil ist richtig. Der zu geringe Arbeitseinsatz ist die Wurzel für die deutsche Wachstumsschwäche. Das Zusammenspiel von Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt bestimmt das Wachstum. Weil immer weniger gearbeitet worden ist, haben die Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Kapital eingesetzt. Und weil Arbeit im Verhältnis zu Kapital immer teurer geworden ist, haben sie rationalisiert – was wörtlich übersetzt heißt: „der Vernunft gehorcht“. Und so investieren immer mehr deutsche Unternehmen im Ausland. Die Schlußfolgerung mag angesichts von (inoffiziell) sechs Millionen Arbeitslosen verblüffen, ist aber zwingend: Nicht weniger, sondern mehr Arbeit schafft Arbeitsplätze.

Offensichtlich nehmen diese Gewerkschafter – und Leute wie der IG-BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt sind da lediglich die Ausnahme – eher Arbeitslosigkeit in Kauf, als flexiblen Lösungen zuzustimmen. Nun ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Fast fünf Millionen Arbeitslose bedeuten eine milliardenschwere Belastung für die gesamte Gesellschaft. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat errechnet, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahre 2002 gesamtwirtschaftliche Kosten von 75 Milliarden Euro verursacht hat. (Siehe nächste Seite)

6. Kosten der Arbeitslosigkeit

Die eben erwähnten Kosten der Arbeitslosigkeit setzen sich wie folgt zusammen:

- Ausgaben für Arbeitslosengeld und –hilfe	37,4 Mrd. €
- Höhere Ausgaben für Sozialhilfe und Wohngeld	4,2 Mrd. €
- Dem Staat fehlende Steuern (Mindereinnahmen) und	4,3 Mrd. €
- fehlende Sozialabgaben (Mindereinnahmen aus Renten-, Kranken-, Pflege und Arbeitslosenversicherung)	19,2 Mrd. €

Diese Kosten belasten ⁽¹⁰⁾:

- die Sozialversicherung mit 19 %,
- die Bundesanstalt für Arbeit mit 39 %,
- Bund, Länder und Gemeinden mit 42 % .

Daß die hohen Lohnnebenkosten, die inzwischen vielfach zu Hauptkosten geworden sind, die Kosten der Arbeitsstunde in Deutschland unverantwortlich hochtreiben, ist inzwischen eine Binsenweisheit. Deutschland liegt mit einer Arbeitsstunde von durchschnittlich 26,36 Euro – neben Norwegen – an der Spitze der zwanzig wichtigsten Industriestaaten (USA Platz 8 mit 22,44 €, Japan Platz 11 mit 20,18 € und Portugal Platz 20 mit 6,59 €). Die deutsche Arbeitsstunde war im Jahre 2002 im Schnitt um 28 % teurer geworden (alte Bundesländer) als in den anderen Industrieländern ⁽¹⁰⁾. Wenn angesichts dieser Zahlen IG-Metallchef Peters noch immer ruft: „Geld, Geld, Geld!“ und „weiter so!“, dann darf man füglich behaupten, daß der DGB dabei ist, unser Land zu ruinieren. Und dazu sagt ein sicherlich kompetenter Zeitgenosse, der frühere ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai: *„Man darf sich als Gewerkschaftsführer nicht in*

Allmachtsphantasien ergehen, schon gar nicht in Zeiten mit fast fünf Millionen Arbeitslosen...“ Dann holt Mai richtig aus: Gefragt nach der Situation in der IG-Metall stellt er fest: „...*Es gibt wachsende Spannungen zwischen zwei Strömungen in der Organisation: Einerseits diejenigen, die Veränderungen in der Gesellschaft mitgestalten wollen – andererseits jene, die ihr Heil immer noch in traditionellem Handeln sehen, nach dem Motto „entscheidend ist der Kampf und nicht der Inhalt“*“ (12). Der aufmerksame Zeitungsleser weiß, was gemeint war: Berthold Huber stand für Veränderung in der IGM, Peters für traditionelles Handeln. Gewonnen hat Peters, der Mann, der mit „weiter so“ die Republik an die Wand fährt.

Ein Wort zu Peters: Wer geglaubt hatte, daß sich mit der Wahl Hubers zum stellv. Vorsitzenden der IGM Fundamentales ändern wird, irrt sich. Peters wird auch weiter in der Metallgewerkschaft den Ton angeben – mit noch größerer Machtfülle als zuvor. Er besetzte die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sofort mit einem Vertrauten, und ihm ist vor allem die Personalabteilung unterstellt, die wiederum Garant eines „richtigen“ Führungsnachwuchses ist. Die Organisationsabteilung, wiewohl Huber unterstellt, leitet ein alter Mitstreiter von Peters. Den ebenfalls – vor allem in der Außenwirkung und in der Strategieentwicklung – wichtigen Bereich Gesellschaftspolitik leitet mit H.-J. Urban ein enger Vertrauter von Peters. Noch nicht genug: Die Wirtschaftsabteilung untersteht seinem Anhänger Wolfgang Rhodius. Die FAZ (18.09.03) schreibt dazu: „*Besser läßt sich ein Gegenspieler (Huber) kaum ausbooten. Seinem Vize (Huber) hat Peters jedenfalls eine Lehrstunde erteilt und gezeigt, wie das Peters-Prinzip in der IG-Metall funktioniert: Ungeliebten Führungskräften werden bei der Beförderung so viele Kompetenzen entzogen, daß sie dem Chef nicht mehr gefährlich werden können*“. So verblaßt die Hoffnung der Modernisierer, mit Huber zu neuen Ufern aufbrechen zu können. Er ist, wenigstens derzeit, ein zahnloser Tiger.

Und gar die Hoffnung, vielleicht würde Peters angesichts des Reformdruckes von außen selbst zum Reformier werden, ist trügerischer Schein. Zum Auftakt des Gewerkschaftstages der IGM (Sept. 2003) hat Peters diese Hoffnung gründlich ad absurdum geführt. Wie von ihm gewohnt, redete er nur von „neoliberalen Märchen“, dem „Europa der Konzerne“ und „Lohndumping“. Nicht ein Funken eines neuen Tones. In Peters' Weltbild sind die Gewerkschaften von Feinden umzingelt. Ergo muß eine Wagenburg errichtet werden. Bleibt diese Festungsmentalität bestehen, sieht es um die Zukunft dieser Gewerkschaftsbewegung schlecht aus.

Peters ist „*eher ein Betonkopf*“ (BDI-Präsident Rogowski). Rogowski weiter: „*...Ich würde mir künftig einen abwägenden, die Frage nach der Zukunft stellenden Gewerkschafter wünschen und keine Betonköpfe, die nicht erkennen, daß viele der eigenen Mitglieder schon viel weiter sind.*“ (Frage: „Und Peters ist so ein Betonkopf?“) Rogowski: „*Ja, ziemlich*“. (Ich mache das fest) „*...an der Art und Weise, wie er auftritt: laut, rhetorisch gut und immer mit den alten Formeln. Für ihn ist die Gewerkschaft eine Kampforganisation. Wer so denkt, der erkennt nicht, daß die Menschen heute viel differenzierter denken.*“ (11).

Der „Spiegel“ (35/2003) zitiert eine ganz besonders pointierte Meinung aus dem Gewerkschaftslager: Porsche-Betriebsratschef Uwe Hück: „*Was ist wichtiger: Ruhe oder die richtige Politik? Ich fürchte, daß die IG-Metall unter Peters ins gewerkschaftliche Abseits gerät. Er und seine Leute wollen **die IG-Metall in eine Art außerparlamentarische Opposition** verwandeln. Wir brauchen aber eine Gewerkschaft, die in konstruktiven Auseinandersetzungen mit Regierung und Arbeitgebern Fortschritte für die Beschäftigten erzielt. Dazu gehört auch, daß wir die internen Entscheidungsstrukturen der IG-Metall von Grund auf modernisieren.*“

Selbst der (zu Recht) angegriffene Peters räumt ein: „...*Offenbar sind auch uns Leitbilder und Visionen abhanden gekommen.*“ (13). Aber was sind die „Visionen und Leitbilder“ des Jürgen Peters? Unverhohlen legt er sein sozialistisches Leitbild in einem Interview mit der „Zeit“ (04.09.03) offen:

Zeit: „... Gerhard Schröders SPD – in der Sie ja Mitglied sind – erwägt, sich auch begrifflich von einigem zu verabschieden, was ihr und den Gewerkschaften früher hoch und heilig war. Zum Beispiel vom ‘demokratischen Sozialismus’.“

Peters: „Ich finde das gefährlich. Bei aller Notwendigkeit, sich zu modernisieren, darf die Partei nicht ihre Wurzeln verlieren.“

Zeit: „Der Abschied von der Vision des demokratischen Sozialismus als endgültige Versöhnung mit dem Kapitalismus. Das wäre falsch?“

Peters: „Ja. Natürlich brauchen wir Visionen, die auch eine gewisse Realitätsnähe haben. Aber eine Partei, die lediglich vom Pragmatismus gelenkt ist, wird zu einer Partei, die sich im Pragmatismus verstrickt. Sie läuft Gefahr, den Ist-Zustand auch ideologisch zu sanktionieren. Und beraubt sich damit ihrer Gestaltungskraft.“

Zeit: „Die Überwindung des Kapitalismus, nicht nur seine Zählung, bleibt das Ziel?“

Peters: „Das Thema Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien bleibt in der Diskussion...“

(...)Zeit: „Sie sagen, die IG-Metall müsse ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie ‘neu justieren’.

Was heißt das? Größere Distanz?“

Peters: „Unser Ziel ist das nicht. Aber die Frage ist doch: Wohin geht die SPD? Mit dem Godesberger Programm von 1959 entwickelte sie sich von einer Arbeiter- zu einer Volkspartei. Schon damit verschob sich ihr Politikverständnis, schon das war für die Gewerkschaften teilweise schmerzhaft. Jetzt sagt die SPD, sie wolle in die Mitte. Gedanklich ist sie schon in einer großen Koalition. Damit tritt die

Klientel, die wir vertreten, für die Partei immer stärker in den Hintergrund. Bisher konnte man sagen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften trotz allem gemeinsame Wurzeln haben und deshalb im Prinzip ähnliche Ziele verfolgen. In Zukunft ist das unter Umständen nicht mehr so. Aber das liegt an der SPD.“

Zeit: „Die IG-Metall als letzte Bastion traditioneller Sozialdemokraten, während sich die 'moderne Reform-SPD' einer anderen Klientel zuwendet?“

Peters: „Wir sind kein Partei-Ersatz. Aber uns bleibt doch gar nichts anderes übrig, als unsere Rolle als Interessenvertreter der Arbeitnehmer noch stärker wahrzunehmen. Die SPD verfolgt in der Sozialpolitik Ziele, die teilweise rechts von der Union liegen....“

Fazit: Der alte „Betonkopf“ macht weiter wie bisher. Er hütet die Bastionen aus der sozialpolitischen Steinzeit. Auf diese Weise aber bekam Deutschland die höchsten Lohnkosten der Welt, die kürzesten Arbeitszeiten – und eine alarmierende Arbeitslosigkeit. Den Unternehmen bzw. deren Verbandsfunktionären wiederum muß man vorhalten, daß sie sich vom DGB erpressen ließen. „Lieber nachgeben, als Unruhen in Kauf nehmen“, war offensichtlich das kurz-sichtige Motto. Es klang nett, hat aber die derzeitige Krise nur beschleunigt. Die eingeübten Rituale haben zu verheerenden Folgen der Tarifautonomie geführt. Viele dieser Rituale fußen auf einer Illusion: Es gehe um Verteilung – und das, was die Gewerkschaften nicht „herausholten“, mehr einzig den Profit der Kapitalisten. So sind die schon erwähnten Trillerpfeifen und Demonstrationen bei einem Tarifkampf nur logisch. Diese Leute haben nicht begriffen, daß es nicht (nur) um ihr eigenes Einkommen, sondern auch um den Preis der Arbeit geht. Aber volkswirtschaftliche Einsicht darf man wohl vergeblich erhoffen.

Vielmehr mehren sie die Illusion, die Höhe der Löhne habe mit der Beschäftigung nichts zu tun. Sie reden von „Arbeiteraristokratie“, von

„Imperialismus“ und „Solidarität“ – Worthülsen, hinter denen sich gewerkschaftliche Ignoranz und Arroganz verbirgt. Friedrich August von Hayek, Wirtschafts-Nobelpreisträger von 1974 und einer der Lieblingsfeinde des DGB, spricht Klartext: Nicht die Gewerkschaften selbst seien das Problem, es sei vielmehr ihre Macht, Zwang auf die Gesellschaft auszuüben. Es sei die Macht, unter der Fassade der Solidarität Geschäfte zulasten Dritter zu machen. Diese Macht aber rühre nicht so sehr von der organisierten Stärke der Gewerkschaften her, sondern von den Privilegien, die ihnen der Staat eingeräumt habe: Tarifverträge werden für „allgemeinverbindlich“ erklärt, Abweichungen von diesen Tarifverträgen erheblich erschwert; Gewerkschaften wurde Zugang zu den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften verschafft, wo sie eigentlich nichts zu suchen haben.

Was Hayek meinte, kann man noch deutlicher sagen: Die Gewerkschaften produzieren mit ihrer Macht Arbeitslosigkeit. Aus Streiks werden Akte der Erpressung und aus Tarifabschlüssen letztlich Kartellvereinbarungen, die sich gegen den Rest der Gesellschaft wenden. **„Hast Du Arbeit, brauchst Du die Gewerkschaft. Hast Du keine Arbeit, braucht Dich keine Gewerkschaft“**. Das ist das bittere Fazit: Am Anfang der gewerkschaftlichen Bewegung stand einmal der Begriff von der Würde, die den Arbeitern verschafft werden mußte. Heute aber ist die Massenarbeitslosigkeit die größte Beschmutzung der Würde der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften haben das Problem noch verschärft, indem sie ihren Machtanspruch maßlos überdehnen.

7. Internationale Abwertung

Der Machtmißbrauch des DGB hat noch weit fatalere Folgen auf die deutsche Volkswirtschaft als „nur“ die Arbeitslosigkeit. Die Macht der DGB-Betonköpfe schreckt Investoren, besonders aus dem Ausland, ab. Männer wie Bsirske, Wiesehügel, Zwickel oder Peters werden von den Finanzmärkten als Menetekel für den Wirtschaftsstandort Deutschland apostrophiert. Ein Beispiel: „*Die Traditiona-*

listen in der mächtigsten Industriegewerkschaft Europas (IGM) bekommen wieder Aufwind. Das ist ein Rückschritt für Deutschland und den DAX (deutscher Aktien-Index). Das könnte den begonnenen Reformprozeß deutlich schwieriger gestalten“, klagt Edmund Shing, Chefstrategie des Bankhauses Julius Bär (14).

In sämtlichen Studien der großen Investmentbanken der Welt wurde die Niederlage der IG-Metall (IGM) im Tarifkonflikt Ost als Vorteil für den DAX gepriesen. (Der DAX gibt die Börsennotierung der großen Aktiengesellschaften wieder und ist somit ein Spiegelbild der Bewertung der deutschen Wirtschaft. P.H.) Bei Morgan Stanley, einer einflußreichen Investment-Organisation, wurde die Streikniederlage der IGM als „größte Erniedrigung der Gewerkschaften seit 1954“ bezeichnet. Die kritischen Ausländer glaubten, die Macht der deutschen Gewerkschaften insgesamt sei gebrochen. Doch da seien Peters (oder Bsirske) vor! „*Ich bin doch sehr überrascht, daß Peters den Machtkampf überlebt hat*“, bedauert Heinz Schulte, politischer Berater von Merrill Lynch. Dies sei ein Grund mehr, nicht in den DAX zu investieren. Schulte weiter: „**Deutschland muß aufpassen, daß sich die politische Unterbewertung des DAX nicht verfestigt.**“ (8)

Man mag trefflich darüber streiten, ob die Wallstreet wirklich ihre Nase in deutsche Angelegenheiten zu stecken hat. Allein, die internationalen Märkte, besonders die Finanzmärkte, stecken in einer Verflechtung, die jedenfalls so leicht nicht aufzulösen ist und in die die deutsche Wirtschaft mit Haut und Haaren eingebunden ist. Es hat keinen Zweck, davor die Augen zu verschließen, selbst wenn man gegen diesen Auslandseinfluß ist. Fakt ist Fakt. Und Fakt ist auch:

In London und New York verfolgt man die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland sehr genau. Gerade die Engländer, die ja vor Thatcher ausreichend Erfahrung mit ihren Gewerkschaften gemacht hatten, schieben den deutschen Gewerkschaften die Schuld für das unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum und die magere DAX-

Bewertung seit den 90er Jahren in die Schuhe. Man mag die Globalisierung verteufeln und die Verflechtung der Finanzmärkte bedauern. Der Gewerkschaftseinfluß in den Betrieben ist mit Schuld daran, daß die deutschen mitbestimmten Unternehmen sozusagen einen Malus bekommen – also unter Realwert benotet werden –, eben weil sie in den Augen der ausländischen Betrachter gewerkschaftlich „gesteuert“ bzw. beeinflusst sind - wie gesagt, für Amerikaner ein unvorstellbarer Tatbestand.

Diese Auslandsbewertung läßt sich messen. Die Position Deutschlands hat sich, gemessen an der Investitionstätigkeit, in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Die „Investitionsquote“ – unter Ökonomen der Maßstab für die Attraktivität eines Standortes – ist seit 1991 um 3,2 Punkte gefallen; allein vom Jahr 2000 bis jetzt fiel die Investitionsquote (das ist der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt) von 22,5 % auf 19,7 %. Die Investitionsquote zeigt an, ob ein Land Investoren für Anlagen im Inland begeistern kann. Niedrige Investitionen drücken aber das Wachstumspotential eines Landes herunter. Im Vergleich mit allen wichtigen Industrienationen ist damit Deutschland – neben Japan und Finnland – das Schlußlicht. Sei nur noch der Hinweis erlaubt, daß die USA z.B. in den letzten zehn Jahren ihre Investitionsquote von 15,5 auf 20 % erhöht haben.

Gilt dies zunächst nur für die ausländische Sicht der Dinge, so sieht man das Spiegelbild auch im Land, in unserer eigenen Bevölkerung. Man traut dem Staat, der Wirtschaft nicht so wie in anderen Ländern. Zum Beweis kann man die Situation des Fondsvermögens der Deutschen heranziehen – als Geldanlagen der Deutschen in Investment- und ähnlichen Fonds: Beim Pro-Kopf-Investmentvermögen haben die Deutschen erheblichen Nachholbedarf, sie rangieren am unteren Ende. Jeder Franzose (statistisch) hatte bis zur Jahresmitte 2003 durchschnittlich 14.773 Euro in Investment-Fonds angelegt. In den USA legten die Amerikaner sogar umgerechnet 21.191 Euro in

Fonds an. Deutschland kommt nur auf 5.069 Euro pro Bürger. Ganz platt ausgedrückt, haben die Franzosen ein dreimal höheres, die Amerikaner gar ein viermal höheres Zutrauen in die wirtschaftliche Leistungskraft und Stabilität ihres Landes als die Deutschen.

Für die Psychologie der Anleger, also für deren Investitionsverhalten, ist jede Entwicklung bei den Gewerkschaften wichtig. Fazit: Für die internationalen Anleger sind die Gewerkschaften ein rotes Tuch. Sie verstehen nicht, daß Gewerkschaftsvertreter in Aufsichtsräten sitzen und dort unternehmerische Entscheidungen blockieren (können). Sie sind gelenkt von einem merkantilistischen Verteilungsgedanken: Entweder profitieren die Mitarbeiter oder die Aktionäre von den Gewinnen; je größer die Gewerkschaftsmacht, desto niedriger die Aktienkurse. Gewerkschaftsmacht wird ganz generell als wachstumsfeindlich angesehen. So werden viele internationale Investoren erst dann wieder in den deutschen DAX investieren, wenn die Macht des DGB zurückgedrängt ist.

Wie gesagt, man mag dies als kapitalistische Verteilungsstrategie verteufeln. Es ist aber eine Tatsache, daß der DGB nur „Kampf“ entgegenzusetzen hat. Und auch damit ruiniert der DGB letztlich unser Land. Denn wir leben nicht auf einer Insel und sind schon gar nicht autark, daß wir achselzuckend über die Interessen der Investoren hinwegsehen könnten. Wer über Jahre hinweg die wirtschaftliche Realität ignoriert, darf sich nicht wundern, daß es irgendwann mal knüppeldick nach hinten losgeht.

8. Abstimmung mit den Füßen: „DGB? – Nein danke!“ –

Scharenweise verlassen die Mitglieder der Gewerkschaften ihre Organisation. Von 1991 bis 2002 liefen über vier Millionen zahlende Mitglieder davon, Tendenz anhaltend. Besonders schlimm treffen es

IGM und ver.di. Die größten DGB-Einzelgewerkschaften verloren in diesem Jahr (2003) bereits 200.000 Mitglieder. Bei der IG-Metall traten im Jahr 2002 rund 66.000 Mitglieder aus und in den ersten neun Monaten dieses Jahres (2003) fast 90.000. Der Organisationsgrad des DGB sinkt (1991: 40 %, 2002: 26 %), und der Anteil des DGB an gewonnenen Betriebsratsposten sank ebenfalls (1991: 69 %, 2002: 58 %). Die Gründe dafür sind allesamt hausgemacht:

- Die DGB-Funktionäre vertreten einseitig die Interessen derer, die in Arbeit sind. Die, die keine Arbeit haben, fühlen sich verlassen.
- Sie erkennen nicht, daß vielen, die heute noch Arbeit haben, dieser wichtiger ist als 35-Stunden-Woche oder mehr Urlaub.
- Sie ignorieren neue Technologien und den harten internationalen Wettbewerb. Sie haben dafür weder Instrumente noch Argumente entwickelt.
- Gewerkschaftspolitik gilt als veraltet. Fast drei Viertel der Bevölkerung halten die Politik der Gewerkschaften für von gestern. In einer FORSA-Umfrage bezeichneten 73 % der Befragten die Gewerkschaften als nicht mehr zeitgemäß; 63 % vertraten zudem die Ansicht, die Gewerkschaften schädeten dem Arbeitsmarkt (15).

Der DGB, so scheint es, hat die „Macht der ökonomischen Zwänge“ verkannt, weil „nicht sein kann, was nicht sein darf“. So bekommen sie für ihre Ignoranz eine Quittung nach der anderen. Die Politik – selbst der Bundeskanzler – zeigt ihnen immer mehr die kalte Schulter. Auf die eher zaghaften Reformvorschläge der Regierung reagieren sie mit den Vorschlägen von vorgestern: Staatliche Investitionsprogramme sollen her. Der Staat schafft aber nun ´mal keine Arbeitsplätze. So stehen sie mit leeren Händen da und reagieren wie üblich, mit öffentlichen Kampfansagen und Radikalisierung. Das aber kann den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht voranbringen. Während eine große Mehrheit der Politiker und der Bevölkerung (!) grundlegende Veränderungen im deutschen Staatswesen fordert, versuchen die Ge-

werkschaften alles, die jetzigen Errungenschaften zu erhalten. Die Grundhaltung der Gewerkschaften, Reformen nur dann zuzustimmen, wenn im Grunde alles beim alten bleibt, führt dazu, daß sie sich dem Dialog über notwendige Reformen verweigern – und setzen damit den deutschen Sozialstaat aufs Spiel. **Sie wollen den Wandel nicht gestalten, sondern bekämpfen.** Eine inhaltliche Neubestimmung steht aus. Sie wird es auch unter Peters, Bsirske, Wiesehügel und Engelen-Kefer nicht geben. Die Folge ist Stillstand, nicht Aufbruch. Es ist leider wahr: Das Gedankengut der mächtigsten Gewerkschaften der Welt - IGM und ver.di – beruht immer noch auf marxistischen Vorstellungen. Verfehlt ist aber der Glaube, man könne in der Wirklichkeit der globalen Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts mit immer weniger Arbeit den bisherigen Lebensstandard bewahren, gar die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche in den achtziger Jahren hat es letztlich bewiesen: Sie schuf in der Tat neue Arbeitsplätze – aber in Fernost und neuerdings auch in den ehemaligen Ostblock-Staaten. Der hohe Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Verfehlt ist auch die aus dem 19. Jahrhundert stammende Vorstellung von einer „Leitung der wirtschaftlichen Prozesse aus erhöhter Warte“ (Schmoller), aus der das Dogma abgeleitet wurde, die Tarifbedingungen müßten für alle Betriebe der gesamten Volkswirtschaft gleichermaßen gelten „wie in einer einzigen großen Fabrik“. Das funktioniert aber nicht in einem weltoffenen Wirtschaftssystem.

Arbeitszeitverkürzung und Flächentarifvertrag bleiben offensichtlich Ziel und Mittel gewerkschaftlicher Politik. Auch wenn das Land dabei zugrunde geht.

9. Orientierung am Gemeinwohl verloren

Fassen wir einmal zusammen:

Ziele gewerkschaftlicher Arbeit waren stets

- Erhöhung der Löhne und Gehälter
- Ausweitung von Sozialleistungen
- Arbeitszeitverkürzung (38-Stunden-Woche ® 35-Std.-Woche ® 32-Std.-Woche)

Die Realisierung dieser Ziele, die über lange Jahre immer wieder in Einzelschritten durchgesetzt wurden, war nur möglich, solange gleichzeitig die Produktivität mitwuchs, also die Unternehmen immer mehr erwirtschafteten. Volkswirtschaftlich logisch aber: Wenn die Produktivität nicht steigt, können auch die Löhne nicht steigen.

Produktivitätssteigerungen haben aber – neben einhergehender Rationalisierung – zwei Grundvoraussetzungen: den Einsatz von mehr Wissen und mehr Kapital. Steigen die Lohnkosten, müssen Wissen und Kapital aktiviert werden, um den teurer werdenden Faktor Arbeit aufzufangen. Sind die Lohnansprüche zu hoch, wird die Produktion ins Ausland verlagert, oder ein Betrieb wird geschlossen. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Aber Arbeitslose können nicht streiken. Einen Kampf gegen das Kapital müssen die Gewerkschaften verlieren.

So stecken die Gewerkschaften in einem Dilemma:

- Ø **Kapital:** Immer weniger Menschen produzieren immer mehr Güter. Der Produktionsfaktor Kapital gewinnt an Bedeutung. Aber das Kapital können die Gewerkschaften nicht beherrschen.
- Ø **Wissen:** In der wachsenden Informations- und Dienstleistungsgesellschaft wie der unsrigen ist der DGB noch nicht

angekommen. Er hat kein Angebot für die dort stark vertretenen Hochqualifizierten. Damit verliert der DGB gerade bei diesen Arbeitnehmern an Einfluß, die in ihrer Arbeitseinstellung eher Freiberuflern gleichen (selbständiges Denken und Handeln), aber die der DGB für die eigene Fortentwicklung dringend benötigte. So nähren sich die Gewerkschaften vornehmlich von den unteren Lohngruppen. Die wiederum fallen am ehesten Rationalisierungen zum Opfer – und damit als aktive Gewerkschafter aus.

Die Folge dieser Dilemmata sind für den DGB fatal – was auch eine Erklärung für die Radikalisierung einzelner Funktionäre ist: Fordern sie wieder nur höhere Löhne, müssen sie sich eben auch für eine Steigerung der Produktivität stark machen, was aber – wie eben dargestellt – den Produktionsfaktor Kapital stärkt und Arbeitsplätze für Höherqualifizierte schafft, die wiederum kaum Interesse an einer gewerkschaftlichen Organisation zeigen. Aus der Sicht des DGB eine wahrer Teufelskreis.

Nur wenige im DGB haben die Problematik verstanden. Dazu gehört z.B. die IG-Bergbau, Chemie, Keramik, die zu flexibleren Lösungen prinzipiell ja sagt. Die meisten anderen „pflegen“ aber weiter ihre alten Rituale. Auf der Strecke bleibt dabei häufig der Mittelstand, der die – zumeist von den Funktionären der Großindustrie – erkämpften Tarifabschlüsse zwar mitmachen muß, aber mehrheitlich nicht verkraften kann. Forderungen nach einem Beschäftigungsprogramm für 60 Mrd. (!) Euro, nach Wiedereinführung der Vermögensteuer und einer Börsensteuer treibt das Kapital weiterhin aus dem Land. Die sinnvolle Forderung etwa, die Arbeitnehmer am Kapital zu beteiligen, wird seit je vom DGB bekämpft. Dabei würden die Arbeitnehmer nicht nur besser an ihr Unternehmen gebunden, sie würden auch höher motiviert und mehr arbeiten, da es dann ja für „ihr“ Unternehmen wäre. Nur ließen sie sich dann eben gewerkschaftlich weniger gut steuern. Da liegt die Crux. Ein Arbeitnehmer, der an seinem Unter-

nehmen beteiligt ist, wird viel weniger Neigung zu Streiks oder gar Boykotts zeigen. Er weiß, daß er damit auch seinen eigenen Gewinn (oder Verlust) beeinflusst. Deshalb das harsche „Nein“ des DGB.

Die Betonköpfe im DGB kämpfen immer noch gegen die alte Marktregel:

- Nur wenn Unternehmen mehr erwirtschaften, können Löhne und Gehälter steigen.
- Die Produktivität steigt aber nur, wenn investiert wird.
- Investieren können Unternehmer aber nur, wenn sie Gewinne machen.

Die Gewerkschaften schlagen nahezu verzweifelt ihre letzten, hoffentlich aussichtslosen Schlachten. Sie haben die Orientierung am Gemeinwohl verloren. Das aber macht sie so gefährlich, weil sie hemmungslos und ohne Rücksicht auf Sozialschwache vorgehen.

„Gemeinwohlorientierung führt zum Maßhalten in den Forderungen. Wer diese Verantwortung nicht hat, kann hemmungslos seine Interessen durchsetzen. Insofern gilt der Satz: Je geringer die Verantwortungsbereitschaft, desto mächtiger kann man auftreten. Und danach handelt der DGB...“

(Heinrich Lummer) (16)

Seit inzwischen mehr als einem Jahrzehnt steckt Deutschland in einer Art ökonomischer Bewegungsstarre. Anhaltende Wachstumsschwäche und niedrige Geburtenrate drohen den Staat zu ruinieren. Zur Bekämpfung der Symptome werden immer neue Löcher in öffentliche Haushalte gerissen, die Staatsschuldenquote ist von 17 % Anfang der sechziger Jahre auf nunmehr über 60 % gestiegen. Die Folge ist

Stillstand, Rückschritt bei den notwendigen Investitionen in die Zukunftssektoren, wie Forschung, Universitäten oder High-Tech-Zentren. Stattdessen fressen Schuldendienst und über 150 Milliarden Euro Subventionen für überalterte und reformfeindliche Wirtschaftssektoren ein immer größeres Loch in unsere Haushalte. Jeder Hinweis darauf, daß dies Ausfluß der Denkkategorie „Besitzstandswahrung“ ist, wird mit dem Vorwurf belegt, dies sei „soziale Kälte“ oder „Sozialabbau“. Die deutschen Arbeitskosten sind im Durchschnitt 27 % höher als in den anderen Industrieländern. Das ist die wahre Lage

Gewerkschafter wie Bsirske, Peters & Co. geben hingegen vor, „aus sozialer Verantwortung“ zu handeln. Mit ihren Forderungen torpedieren sie unsere Wirtschaft, und vielleicht ist damit auch unsere Wirtschaftsordnung gemeint. Der gewerkschaftliche Kampf wider alle wirtschaftliche Vernunft ist ein weiterer Sargnagel für die Prosperität unseres Landes, für unser Gemeinwesen, für den Frieden in der Gesellschaft. Ihr Handeln ist letztlich nicht sozial, sondern in höchstem Maße unsozial. Die Gewerkschaften haben sich in ihrer jetzigen Form überlebt. Bergab geht's leichter.

Lernt der DGB nichts aus der Misere, macht er unser Land kaputt.

TEIL II

1. Das allgemeinpolitische Mandat: die Rollenanmaßung des DGB

Die maßgebenden Kriterien der parteipolitischen Neutralität und der weltanschaulichen Toleranz wurden und werden in den DGB-Gewerkschaften fortlaufend und gröblichst verletzt. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften übernahmen und übernehmen die Rolle von Hilfstruppen der SPD. Wie sagte schon weiland der zweite Vorsitzende des DGB, Freitag: „*SPD und DGB sind Kinder einer Mutter.*“

Schmerzhaft müssen die Gewerkschaften aber auch erfahren, daß sie auf der Straße – und oft auch in den Betrieben – nicht mehr viel bewegen können. Die einfaltslose, falsche, aber immer wieder neu gestellte Forderung nach Lohnerhöhungen verärgert die Arbeitnehmer und schadet der Wirtschaft. Denn eine solche Arbeitnehmer-Vertretung nützt allenfalls denen, die einen Arbeitsplatz haben, enttäuscht und verbittert aber die Arbeitslosen. Und die werden immer mehr. Fast so viele Menschen sind arbeitslos, wie der DGB an Mitgliedern verloren hat. Zufall? So kämpfen die Gewerkschaften verstärkt an anderen Orten: In den Ortsvereinen der SPD, in „Volksfrontbündnissen“ (8) – auch mit der PDS zusammen („*warum nicht?*“), in Parlamenten und Ministerien.

Noch immer sind viele traditionelle SPD-Wähler zugleich Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. 74 % (!) der SPD-Parlamentarier und über 90 % der Minister sind Gewerkschaftsmitglieder. Und in den Ministerien sitzen an zentralen Schaltstellen Vertrauensleute des DGB mit langer Gewerkschaftskarriere. Sie verdanken ihre gut besoldeten Positionen schließlich ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit. Beispiele: Heinrich Tiemann, beamteter Staatssekretär im Sozialministerium – zuvor Grundsatzreferent beim IG-Metallvorstand; Gerd Andres,

parlamentar. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium – zuvor Sekretär beim Vorstand der IG-BCE; Günther Horzetzky, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt – zuvor Sekretär des DGB-Bundesvorstandes. Der ehemalige Verkehrsminister Kurt Bodewig und Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke waren lange beim DGB beschäftigt. Im Parlament gibt es ebenfalls illustre SPD/DGB-Vertreter: Fritz Schösser, Bayer. DGB-Vorsitzender, Klaus Brandner, Arbeitsmarktexperte der SPD-Fraktion – zugleich Geschäftsführer der IGM Gütersloh; Renate Schmidt, Familien-Ministerin und ver.di-Mitglied; Walter Kolbow, Parlament. Staatssekretär im Verteidigungsministerium, ver.di; Franz Müntefering, SPD-Fraktionschef, IG-Metall; Finanzminister Hans Eichel, GEW; Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, IG-BCE usw. usw. Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Jedenfalls sitzen mindestens 18 Parlamentarische Staatssekretäre oder Staatsminister am Kabinetts- und DGB-Tisch.

Angesichts dieser Gewerkschaftsallmacht wundert man sich nicht mehr über die Ausübung eines allgemeinpolitischen Mandates. Trotzdem muß die Frage erlaubt sein:

Ist dem DGB ein „allgemeinpolitisches Mandat“ erlaubt?

Hemmungslos und ungeniert verläßt der DGB die gebotene Neutralität und nimmt ein allgemeinpolitisches Mandat wahr – was er eigentlich nicht dürfte und lauthals bestreitet. Die Stoßrichtung ist klar: „Pro SPD – contra CDU/CSU“. Frecher kann eine Einheitsgewerkschaft ihre Prinzipien nicht verraten. Das Vorgehen des DGB hat Methode: Man sichert sich politischen Einfluß (bei der SPD), fette Pfründe bei der Pöstchen-Vergabe und hofft damit auf einen Solidarisierungseffekt bei den Mitgliedern. (Man sollte sich übrigens von den aktuellen Scharmützeln zwischen SPD und DGB nicht verwirren lassen; sie sind zwar z. T. heftig, gehören aber zum „Ritual“.)

Die Einseitigkeit des DGB kritisierte jüngst – endlich 'mal jemand in der Union, der sich traut! – Friedrich Merz, der stellvertretende

Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag und ausgewiesener Konservativer. Er beklagte öffentlich, in einem Gespräch mit dem „Spiegel“ (Nr. 10/ 2003), daß „...*Gewerkschaftsfunktionäre ein allgemeinpolitisches Mandat für sich in Anspruch nehmen*“ würden. Die rot-grüne Regierung fresse den Gewerkschaften aus der Hand.

Merz forderte deshalb, den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen und die Mitbestimmungsrechte einzuschränken. Die Gewerkschaften hätten zuviel Einfluß in den Betrieben. Ein Unternehmen solle seine Probleme mit den eigenen Leuten lösen können und nicht betriebsfremde Funktionäre um Zustimmung bitten müssen.

Auf den zu erwartenden DGB-Widerstand angesprochen, entgegnete Merz:

*„Wenn man einen Sumpf austrocknen will,
darf man nicht die Frösche fragen.“*

Merz setzt noch eins drauf: In der „Welt“ vom 01.03.03 erklärte er klar und unmißverständlich:

*„Die Gewerkschaften müssen Macht und Einfluß abgeben,
wenn die Reform des Arbeitsmarktes gelingen soll.“*

Drohungen mit einem Generalstreik oder Arbeitskampfmaßnahmen selbst gegen die von der Bundesregierung vorgelegte Agenda 2010 gehören ebenfalls in den Bereich „allgemeinpolitisches Mandat“. Sie stehen dem DGB nicht zu. Im Gegenteil, im Grunde genommen zeigt der DGB mit solchen Ankündigungen eine miserable staatsbürgerliche Moral, die unser Land ruinieren könnte.

DIW-Chef (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) Prof. K. Zimmermann legt den Finger in die Wunde der Gewerkschaften:

„...Die Personalquerelen in der IG-Metall könnten eine Krise der Gewerkschaften insgesamt einleiten. Die IGM hat die Zeichen der Zeit nicht richtig erkannt – das zeigte sich schon beim Widerstand gegen die Agenda 2010 und hat sich beim Streik für die unsinnige Arbeitszeitverkürzung im Osten fortgesetzt. Diese Entwicklung ist fatal; denn letztlich brauchen wir die Gewerkschaften in ihrer reformierten Form.

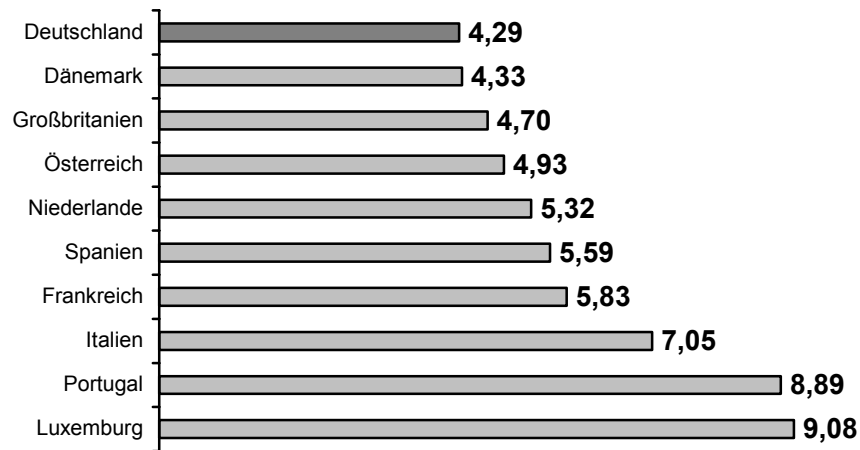
*Jetzt liegt die Chance der Krise darin, daß die Gewerkschaftsbewegung erkennt, **daß sie sich künftig am Betrieb orientieren muß, nicht aber an ihrem allgemeinpolitischen Mandat.** Wir können den Flächentarif nur retten, wenn wir ihn stärker öffnen. Es besteht allerdings die Gefahr, daß in der IGM jetzt die Leute um Jürgen Peters durchmarschieren. Letztlich würde das zu einer **Radikalisierung der Gewerkschaft** führen – und zu vielen Austritten.*

Bis vor kurzem war die IGM die mächtigste deutsche Gewerkschaft. Jetzt steht sie vor einer historischen Schwächeperiode..“ (11)

2. Lohnzusatzkosten – Hauptverursacher DGB

Ein einfaches Beispiel macht deutlich, wie weit wir durch die von den Gewerkschaften mitverursachten hohen Lohnzusatzkosten in Europa schon zurückgefallen sind: Indikator ist der europaweit eingeführte Euro, der *einen* Vorteil hat: Man kann besser Leistung und Preis vergleichen. Nehmen wir also ´mal 1 Euro und vergleichen, was in den einzelnen EU-Ländern damit erwirtschaftet wird:

Wieviel wird für 1 Euro LOHN erwirtschaftet ?



Nirgendwo in Europa ist die Relation zwischen Lohnkosten und Wertschöpfung so schlecht wie in Deutschland. Für einen Euro Lohn bekommt ein Unternehmer hierzulande einen Gegenwert von durchschnittlich 4,29 Euro erwirtschaftet, in Luxemburg sind es 9,08 Euro, mehr als doppelt so viel. (Quelle: Mummert Consulting, aus „Mittelstands-Magazin“ 03/03)

Die Zahl der Arbeitslosen ist fast so hoch wie die Zahl der arbeitenden Gewerkschaftsmitglieder.

Das haben die Gewerkschaften wohl noch gar nicht begriffen. Falls sie den dringend notwendigen Kurswechsel verschlafen, werden sie erleben, daß Deutschland mit vielen starken, *unabhängigen* Betriebsräten, aber schwachen Gewerkschaften besser zurechtkommt als mit dem heutigen Zustand. Organisationen, die eisern an Konzepten von vorgestern festhalten, stehen ihrer eigenen Evolution im Wege und werden später meist Opfer von Revolutionen. Die Alternative zum Wandel heißt nicht Stillstand, sondern Untergang.

Deutschland hat faktisch die höchsten Lohnkosten der Welt. Wir leisten uns den meisten Urlaub und die niedrigste Arbeitszeit – und

tun mit unserem weich gefederten Sozialsystem so, als seien wir das Schlaraffenland. Damit werden wir attraktiv – vor allem für Sozialschmarotzer aus dem In- und Ausland.

Bleibt der DGB dabei, daß nötige Reformen „bekämpft werden müssen“, daß „keine Einschnitte ins soziale Netz“ erfolgen dürfen, wird unser Land auf Dauer ruiniert sein. Dank DGB!

3. Flächentarif – veraltet, verkrustet, verrannt

Am verbohrtesten zeigt sich der DGB bei der Frage des „Flächentarifs“, der alle Betriebe eines Tarifbereiches zur Übernahme der Tarifvereinbarungen zwingt – unabhängig davon, ob das einzelne Unternehmen diese Konditionen wirtschaftlich verkraften kann. So ist es erklärlich, daß der „Haustarif“ immer mehr auf dem Vormarsch ist. Arbeitgeber und Betriebsrat *eines* Betriebes einigen sich auf Tarifvereinbarungen für das betroffene Unternehmen; die Zentral-Gewerkschaften blicken dabei in die Röhre. Anders ausgedrückt: Immer mehr Unternehmen treten aus ihren Arbeitgeberverbänden aus. Dem DGB bzw. den Einzelgewerkschaften geht somit „die Kundenschaft“ verloren; die Vertragspartner einigen sich betriebsintern.

Die Flucht aus dem Tarifvertrag in einen Haustarif ist das einzige Mittel, sich den Zwangs-Tarifvereinbarungen zu entziehen. Für den DGB ein Horror-Szenario, das ihm gerade und besonders in den neuen Bundesländern droht. Dort können die vom Westen diktierten Tarifabschlüsse einfach nicht mehr finanziert werden.

So sind von den 750 Unternehmen der sächsischen Metall- und Elektro-Industrie mit rd. 125.000 Beschäftigten nur noch zehn Prozent im Tarifverband. Und die Entwicklung hält an (s. Graphik). Die Konsequenz ist für den DGB schmerzlich: Statt mit 1 Tarifpartner (Arbeitgeberverband) zu verhandeln, müssen sie nunmehr versuchen, in jedem einzelnen Betrieb zu Abschlüssen zu kommen – was angesichts

des miserablen gewerkschaftlichen Organisationsgrades der Arbeitnehmer äußerst schwierig ist. Entwarnung ist nicht in Sicht. Die Tendenz zeigt eindeutig auf mehr Firmen-Tarifverträge – ohne Tarifikat des DGB:

Anzahl der Unternehmen mit Firmen-Tarifverträgen („Hausverträge“)

Stand: 31. Dezember 2002

Stand am Jahresende	Anzahl West	Veränderung in %	Anzahl Ost	Veränderung in %	Insgesamt	Veränderung in %
1990	rd. 2.100		rd. 450		rd. 2.550	
1991	rd. 2.300	+ 9,5	rd. 850	+ 88,9	rd. 3.150	+ 23,5
1992	2.422	+ 5,3	1.178	+ 38,6	3.600	+ 14,3
1993	2.562	+ 5,8	1.404	+ 19,2	3.966	+ 10,2
1994	2.689	+ 5,0	1.445	+ 2,9	4.134	+ 4,2
1995	2.924	+ 8,7	1.588	+ 9,9	4.512	+ 9,1
1996	3.081	+ 5,4	1.652	+ 4,0	4.733	+ 4,9
1997	3.293	+ 6,9	1.685	+ 2,0	4.978	+ 5,2
1998	3.606	+ 9,5	1.765	+ 4,7	5.371	+ 7,9
1999	3.998	+ 10,9	1.843	+ 4,4	5.841	+ 8,8
2000	4.492	+ 12,4	1.923	+ 4,3	6.415	+ 9,8
2001	4.817	+ 7,2	1.985	+ 3,2	6.802	+ 6,0
2002	5.102	+ 5,9	1.961	- 1,2	7.063	+ 3,8

Quelle: BMWA 2002

Der Bezirksleiter Nord der IGM, Frank Teichmüller, bemerkt dazu in einem höchst lesenswerten Aufsatz der Theorie-Zeitschrift der IGM, „metall debatte“ (1/2002):

„Nach wie vor ist für die Belegschaft typischerweise der Betriebsrat (zugleich) auch die IG-Metall. Aber zunehmend orientiert sich Betriebspolitik verstärkt an 'einzelbetriebswirtschaftlichen' Interessen und gerät damit immer häufiger in Konflikt zur generellen Politik der Gewerkschaften. Der Bruch von Tarifverträgen und die Vereinbarung von Hausverträgen unterstützen diesen Prozeß. Gerade nach Arbeitsplatzabbau und Krisensituationen, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren stattfanden, wird der Erhalt der Arbeitsplätze zum vorrangigen Ziel aller. Das zunehmende einzelbetriebliche Kosten-

denken der Betriebsräte kann dabei in Widerspruch zu einem langfristigen gesellschaftlichen Ansatz der Gewerkschaften geraten...“

Teichmüller hat das Problem offensichtlich erkannt, läßt aber die nötige Konsequenz vermissen. So steht der Flächentarif inzwischen überall unter Beschuß. Zusammen mit der ungeheuren Regelungsdichte – in Deutschland gibt es tatsächlich etwa 96.000 Verordnungen!! - wird er als Hauptursache für die Massenarbeitslosigkeit unseres Landes angesehen.

Das Hauptmanko des Flächentarifes: Die Tarifbedingungen werden pro Branche auf einem einheitlich hohen Niveau festgelegt. Differenzierungen innerhalb der einzelnen Branche nach Leistungsfähigkeit sind nicht möglich. Dabei schwanken die Unternehmensgrößen zwischen 25 und 300.000 Beschäftigten (oder mehr). Ähnlich bei den Arbeitskosten: Sie schwanken zwischen 10 und 40 %. Die Interessen und individuellen Bedürfnisse der einzelnen Betriebe gehen dabei unter. Flexibilität ist nicht. Noch schlimmer: Da sich die Tarifabschlüsse in aller Regel nach den Großen der Branche richten, beißen die Kleinen die Hunde. Sie können die vereinbarten Tarife nicht zahlen und gehen pleite.

Die Peitsche des Flächentarifs ist das entscheidende Machtinstrument der Gewerkschaften. Ohne dieses Machtkriterium wäre die Gewerkschaft weit weniger öffentlichkeitswirksam. Deshalb sind vor allem ver.di und IG-Metall (IGM), die beiden größten Einzelgewerkschaften im DGB, in eine reine Blockadehaltung verfallen und wollen den Flächentarif „mit allen Mitteln“ (FTD 16.10.03) verteidigen. „*Wir lassen an unseren Tarifverträgen nicht rütteln*“, sagte z. B. IGM-Chef Peters erst jüngst auf dem Gewerkschaftstag der IGM in Hannover (15.10.03). Peters weiter: Die Verteidigung der Tarifautonomie werde „*das große Thema in diesem Herbst*“ sein. Auf derselben Veranstaltung assistierte DGB-Chef Sommer: „*...Denn das ist der Hebel, den*

die Steinzeit-Liberalen ansetzen wollen, um die Löhne ins Rutschen zu bringen...“

Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Beim Heizungsbauer Viessmann einigten sich Unternehmensleitung und Betriebsrat – an der Gewerkschaft vorbei – darauf, ein geplantes neues Werk nicht in Tschechien, sondern am Sitz der Firma, in Allendorf, zu bauen. Die heimischen Arbeitsplätze wären gerettet. Die Bedingung des Betriebsrates: Die Viessmann-Arbeitnehmer arbeiten ab Beginn der Vereinbarung drei Stunden pro Woche mehr – ohne Lohnausgleich -, und 163 neue Arbeitsplätze sollten entstehen. Die IGM akzeptierte jedoch die „Eigenmächtigkeit“ des Viessmann-Betriebsrates nicht, mit der die „heilige Kuh“ der 35-Stunden-Woche ausgehebelt wurde. Die IG-Metall zog gar vor Gericht. (Daß schließlich Viessmann und der Betriebsrat recht bekamen, sei nur am Rande erwähnt.) Zu notieren ist, daß der DGB offensichtlich lieber Arbeitsplätze gefährdet und mit allen Mitteln gegen sogenannte Tariföffnungen vorgeht, und sei es gegen die „eigenen“ Betriebsräte.

Das Hochhalten des Flächentarifs führt zu Mindestpreisen für Arbeit. Das tarifgebundene Unternehmen, das diese Preise nicht zahlen kann, muß letztlich schließen – oder aus dem Arbeitgeberverband austreten, was aber an der gültigen Tarifpflicht nichts ändert, solange die Mitgliedschaft besteht. So trägt die Sturheit des DGB direkt zu einer Art von Verelendung bei: Sie bewirkt Arbeitslosigkeit, weil man „unter Tarif“ nicht arbeiten darf. (Sonderregelungen wie das 5.000 x 5.000-Modell bei VW sind die Ausnahme von der Regel.) Die unterschiedliche Wettbewerbssituation einzelner Betriebe wird durch einheitliche Regelungen bei Gehalt und Arbeitszeit nicht berücksichtigt. Gerade deshalb ist im Mittelstand der Frust über die Flächentarife besonders verbreitet.

Auf der anderen Seite profitieren ausschließlich die Gewerkschaften von einem Mindestlohn; denn sie setzen die „Normen“, sie beeinflussen maßgeblich die Festsetzung der Mindestlohnhöhe. So treibt der Mindestlohn, wie schon dargelegt, eben die in die Arbeitslosigkeit, die nur eine geringe Produktivität haben. Damit erhalten diese Menschen noch schlechtere Chancen auf berufliche Wiedereingliederung, da die „Einstiegshürde“ (zu hoher Lohn) zu groß ist. In Frankreich führte nach Ansicht fast aller Fachleute genau dieser Effekt („*salaire minimum interprofessionel de croissance*“) zu einer enorm hohen Arbeitslosigkeit in den unteren Gruppen (25 % der Arbeitnehmer unter 25 Jahren sind dort arbeitslos). Die Regierung Raffarin hat nun alle Hände voll zu tun, um das seit 1950 bestehende System zu korrigieren.

In Deutschland haben wir dasselbe Bild: Daß wir heute so viele Arbeitslose haben, ist zu einem Gutteil auf die bisherige Taktik der Tarifpartner zurückzuführen. Die Gewerkschaften haben die ehemals zahlreichen Arbeitsplätze für einfache Arbeiten vernichtet, weil sie seit Jahren bei allen Tarifverhandlungen gefordert und durchgesetzt haben, daß die unteren Lohngruppen stärker angehoben wurden als der Durchschnitt. Das führte zu mehr Automation in den Betrieben, die gerade die unteren Bereiche wegrationalisiert hat. Heute wird gejammert, daß der Niedriglohnbereich fehle, und nun sollen kostspielige Programme die mehrheitlich ungelerten Arbeitslosen mit einem staatlichen Zuschuß wieder in Arbeit und Lohn gebracht werden. *Bravo, avanti dilettanti!*

Hierhin gehört ein klarer Satz zur **Lehrlingsituation** in unserem Land. Es gibt zwei (hausgemachte) Gründe für die Lehrlingsmisere: Die verfehlte und unzureichende Schulbildung (das hieß einmal „Grund-Bildung“) einerseits und eine viel zu hohe Ausbildungsvergütung andererseits. Über die Misere an deutschen Schulen ist schon genug geschrieben worden. „Pisa“ hat letztlich nur belegt, was Fachleute seit langem bemängeln: Die Schulentlassenen aller Stufen

(Hauptschule bis Gymnasium) haben ein Bildungsniveau, das keine ausreichende Grundlage für eine vernünftige Berufsausbildung bietet. Man möge hierzu einmal die Ausbilder und Meister fragen. (Daß dies genauso für die Universitäten gilt, rundet das Bild nur ab.) Und für diese „Hilfsschüler“ sollen die Ausbildungsbetriebe auch noch immens teure Lehrlings-Gehälter zahlen (wobei 1.000 Euro „Monatslohn“ fast schon Standard geworden sind). Ergo sagen immer mehr Betriebe „Ausbildung, nein danke“. Was die Gewerkschaften aber nicht hindert, immer wieder und immer mehr „Anhebung“ der Vergütungen zu fordern. Und da der „Esel“ Unternehmer angesichts dieser Ausgangslage immer störrischer wird und kaum mehr Neigung verspürt, weiter auszubilden, fordert der DGB faktisch die Verstaatlichung der beruflichen Bildung bzw. eine Lehrstellenabgabe. Das rief sogar Kanzler Schröder auf den Plan. Er warnte auf dem schon erwähnten Gewerkschaftstag der IGM (15.10.03): *„Die Verstaatlichung der Berufsausbildung ist kein geeignetes Mittel, um mehr Ausbildungsplätze zu kriegen.“*

Der Vorwurf, daß jeder Tarifvertrag zwei Unterschriften trage – die der Arbeitgeber und die der Gewerkschaft – ist zwar zutreffend, hilft aber nicht weiter. Natürlich sitzen die Arbeitgeber mit im Boot und tragen ihren Teil der Mitverantwortung für das Debakel. Aber sie verfügen nicht über die gleichen scharfen Waffen wie die Gewerkschaften: Eine stets arbeitnehmerfreundliche Arbeitsgerichts-„Rechtsprechung“, die dazu geführt hat, daß Warnstreiks genehmigt, Aussperrungen aber meist abgelehnt werden. Hinzu kommt, daß die Gewerkschaften, in letzter Zeit immer häufiger, zur gefährlichen „MiniMax-Strategie“ greifen – minimaler Einsatz, maximaler Erfolg – und damit nahezu jeden Abschluß durchdrücken können. Am Flughafen Frankfurt z. B. streiken eben nicht die 20.000 Beschäftigten – das von den Gewerkschaften zu zahlende Streikgeld wäre enorm -, sondern man läßt z.B. lediglich die 200 Feuerwehrleute streiken. Ohne Feuerwehr kein Luftverkehr. Der gesamte Luftverkehr liegt lahm, aber

die Kosten der Gewerkschaft – Streikgeld nur für 200 Mitarbeiter – bleiben gering. Angesichts dieses Machtpotentials sind die Gewerkschaften in keiner Weise bereit, sich auf weitgehende Öffnungsklauseln zu verständigen. Warum auch? Das Spiel mit der Über-Macht funktioniert doch – zumindest bei den Gewerkschaften!

Eine Änderung würde letztlich weniger Macht für den DGB bedeuten. Ein Tarifvertrag mit immer mehr Ausnahmen hätte nur noch geringen Wert. Und womit schließlich sollten die vom Mitgliederschwund schwer gebeutelten Gewerkschaften noch werben, wenn ein Tarifvertrag kaum mehr verbindlich wäre? Sie wären ein „zahnloser Tiger“ statt selbstbewußte Gegenmacht.

Der DGB beschwört darum immer wieder den „*Geist des Tarifvertrages*“ (DGB-Vorstand Heinz Putzhammer). Das macht eine Institution, die in der breiten Öffentlichkeit als „größte Blockierer“⁽¹⁷⁾ gilt: Sie preist etwas an, was eben diese Öffentlichkeit als überholtes Produkt aus alten, vielleicht besseren Zeiten bezeichnet.

Folgerichtig warnt deshalb DGB-Chef Sommer die Regierung davor, die Tarifautonomie anzugreifen: „*Was dazu im Wirtschaftsbericht 2003 vorgeschlagen wird, berührt den Nerv der Gewerkschaften.. (...).Das lehnen wir geschlossen ab*“⁽¹⁸⁾. In dem angesprochenen Bericht des Wirtschaftsministeriums wird das „Günstigkeitsprinzip“ als „Hindernis für mehr Flexibilität auf Betriebsebene“ genannt. Dieses Prinzip verbietet betriebliche Absprachen zu Lohnsenkungen. Geändert werden darf nur, was für den Arbeitnehmer „günstiger“ ist als das, was ein Tarifvertrag regelt. Im Klartext: Ein Arbeitgeber darf nur nach oben abweichen, nicht nach unten. Dann droht der Bericht: Sollten sich die Tarifpartner nicht bewegen – hin zu einer Öffnung dieser Klausel -, werde es gesetzliche Maßnahmen geben⁽¹⁸⁾.

DGB-Sommer kontert: „*Dann reden wir von einer anderen Republik*“⁽¹⁹⁾. Wieso eigentlich „andere Republik“? Sommer fürchtet „britische Verhältnisse“, weil weiland die legendäre Mrs. Thatcher die britischen Gewerkschaften quasi im Handstreich in die Schranken gewiesen hat ⁽²⁰⁾. Heute aber bedeuten „britische Verhältnisse“ nicht 10 % Arbeitslosigkeit wie in Deutschland, sondern 5 %. Dort gibt es seit Anfang der 90er Jahre ungebrochenes Wachstum von durchschnittlich 2,3 % im Jahr – hier 1,3 % bis – zur Zeit – null. Dort wachsen die Einkommen seit einem Jahrzehnt real, und dort verheißen „britische Verhältnisse“ selbst in diesem schwierigen Jahr 1,8 % Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt, während Deutschland stagniert. Soweit zu den ominösen britischen Verhältnissen.

Unverdrossen kämpft der DGB weiter. „*Angriffe auf die Tarifautonomie sind Angriffe auf die soziale Demokratie*“, verkündet mitten in der Reformdiskussion IGM-Chef Peters ⁽²¹⁾. Er richtet sich zielgenau gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, der es gewagt hatte, von „Aufbrechen des Tarifikartells“ zu sprechen. Nach dem gültigen Betriebsverfassungsgesetz dürfen die Betriebspartner, also Betriebsrat und Unternehmensleitung, nichts regeln, was in einem Tarifvertrag geregelt ist (Lohn und Arbeitszeit). Das will die CDU/CSU ändern, nämlich Lohnunterschreitungen zulassen, wenn zwei Drittel aller Mitarbeiter zustimmen. Und ganz generell trauen die Gewerkschaften den Betriebsräten nicht zu – selbst wenn sie DGB-Mitglied sind -, eigene tarifliche Betriebsvereinbarungen zu treffen. „*Ein Betriebsrat, der Schlosser gelernt hat und als Arbeitnehmervertreter nicht von seiner Arbeit freigestellt ist, ist gar nicht in der Lage, Bilanzen zu lesen*“ ⁽²¹⁾. So arrogant urteilt Hartmut Meine, Bezirksleiter der IGM Hannover, über „seine“ Betriebsräte. Für wie dumm hält er eigentlich seine eigenen Leute?

Ganz selbstverständlich setzt IGM-Chef Peters noch eins drauf. Er kündigte entschiedenen Widerstand gegen den Vorstoß von Union und FDP an. Die Tarifautonomie sei „*ein Grundpfeiler des sozialen Friedens in der Bundesrepublik*“. Peters weiter: „*Wir werden diesen Grundpfeiler des Sozialstaates mit Zähnen und Klauen verteidigen*“ (22). BDA-Chef Hundt, der die Reform bejaht, setzt dagegen:

„*Der Tarifvertrag der Zukunft darf nur noch Rahmenregelungen enthalten und muß dem Betrieb durch Optionen und Korridore größere Handlungsspielräume bei Arbeitszeiten und Entgelten einräumen*“ (23). Öffnungsklauseln müßten Abweichungen vom Tarifvertrag zulassen, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden könnten. Und dann spricht Hundt Klartext:

„*Außerdem müssen Tarifverträge der Zukunft wieder auf ökonomische Mindestbedingungen zurückgeführt werden, die auch Betriebe mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht überfordern*“ (23).

Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte bangen allüberall um den Erhalt des Flächentarifvertrages – und bangen damit letztlich um ihre Daseinsberechtigung. Das ist der Grund für ihre strikte Ablehnung! Was will der DGB? Was will Sommer? Rückschritt statt Fortschritt? Gestern statt morgen? Der Flächentarif in seiner bisherigen Form ist tot – er hat schon zu viele (Arbeitsplätze) mit in den Tod gerissen. Er sollte auch offiziell, qua Gesetz, beerdigt werden. Besser wäre es, wenn die entscheidenden Verhandlungen im Betrieb geführt würden. Da kennt man sich aus, da weiß man, was dem Betrieb nützt – oder schadet.

Hält der DGB seinen Widerstand aufrecht, macht er unser Land kaputt.

4. Mitbestimmung: Fernsteuerung des DGB

Eine der Errungenschaften der sozialistisch-liberalen Koalition: Seit 1976 ist der Aufsichtsrat („AR“) deutscher Aktiengesellschaften paritätisch besetzt. Das bedeutet, daß die Sitze im Aufsichtsrat je zur Hälfte den Arbeitnehmer- und den Unternehmer-Vertretern zufallen. (Die im betrieblichen Leben so wichtigen „leitenden Angestellten“ gingen praktisch leer aus; ihnen wurden sog. „Sprecherausschüsse“ zugestanden.) In Großbetrieben mit mehr als 2.000 Mitarbeitern können die Gewerkschaften drei (der zehn) Plätze der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat einnehmen. In kleineren Unternehmen von 500 bis 2.000 Mitarbeitern stellen die Arbeitnehmer ein Drittel der AR-Mandate.

Es handelt sich bei den drei „Externen“ also nicht um Vertreter der Belegschaft, sondern um betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre. Die Kritik an dieser Fremdbestimmung regt sich schon lange, auch in den Reihen der Betriebsräte, die es zunehmend satt haben, von ihren Gewerkschaftszentralen ferngesteuert zu werden. Diese Kritik wurde jüngst noch angeheizt durch die Vorgänge um Zwickel und Bsirske, die auch ein breite Öffentlichkeit erregten.

Bsirske, nicht nur ver.di-Chef, sondern auch stellvertretender Vorsitzender des AR der Deutschen Lufthansa AG, leistete sich einen kolossalen Eklat. Das Aktiengesetz schreibt u.a. vor, daß Mitglieder des AR „für die Belange des Unternehmens eintreten und Schaden von ihm abwenden“ müssen. Diese Ehrenregel kümmerte den Ehrenmann Bsirske herzlich wenig. Nun nicht als Lufthansa-Aufsichtsrat, sondern in seiner zweiten Rolle als Gewerkschaftsboß zettelte er im letzten Jahr während der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes nicht nur einen Streik an, sondern suchte sich zielgerichtet die bedeutendsten – und damit empfindlichsten – Flughäfen Frankfurt und München als Aktionsschwerpunkte aus, wohlwissend, daß die Lufthansa dort ihre größten Basen unterhält. Durch den Streik ent-

stand der Lufthansa nach Auskunft des Unternehmenssprecher Walther ein Schaden von 5 Mio. Euro – pro Tag! Da stellt sich nicht nur die Frage nach Anstand und Fairness, sondern auch danach, wie jemand mit diesen zwei Rollen fertig wird: einerseits stellvertretender Aufsichtsrats-Vorsitzender, andererseits Streikführer gegen eben dieses Unternehmen zu sein.

Na ja, beim Kassieren jedenfalls schafft Bsirske diese Pirouette locker – und er bleibt dabei immer der Gewinner: Als ver.di-Vorsitzender läßt er sich sehr üppig mit immerhin fast 160.000 Euro pro Jahr bezahlen, als stv. AR-Vorsitzender kassiert er bei der Lufthansa nochmals läppische 32.000 Euro hinzu. (In DM klingt das alles hübscher: 300.000 DM Gehalt plus 60.000 DM AR-Tantieme; das ist doch schon was, um in Ruhe streiken zu können.)

Die Aktionäre der Lufthansa waren ob dieser Provokation „not amused“: Die Hauptversammlung, also die Aktionäre der LH, verweigerte Bsirske prompt die Entlastung als AR. Der Skandal schien perfekt. Womit aber niemand gerechnet hatte: Der soeben *nicht* entlastete Bsirske wurde postwendend von seiner Gewerkschaft ver.di wieder als externer Vertreter in den AR entsandt, und Bsirske nahm, als ob nichts passiert wäre, fröhlich grinsend wieder seinen Platz als stv. AR-Vorsitzender ein. Eine größere Verhöhnung von Anstand und Moral dürfte in dieser Republik schwerlich zu finden sein.

Was aber Bsirske sicher nicht geplant hatte: Mit dieser miesen Aktion erhielt die Diskussion um die gesamte Mitbestimmungsregelung externer Gewerkschaftsfunktionäre neuen Zündstoff. Damit war die Kernfrage des Mitbestimmungsgesetzes erneut und zu recht in den öffentlichen Blickpunkt gerückt: Wie, bitteschön, läßt sich eine solche Interessenkollision lösen, ohne das gesamte Konstrukt der Mitbestimmung zu ändern? Eine Neu-Regelung erscheint unausweichlich.

Wer nun geglaubt hatte, dies sei der Gipfel gewerkschaftlichen Fehlverhaltens, wird durch Herrn Zwickel, damals IG-Metall-Boss, belehrt, daß es noch viel dreister gehe:

Klaus Zwickel, eh einer der Großabsahner der Gewerkschaftswelt – man erinnere sich: Jahreseinkommen als IGM-Chef hübsche 240.000 Euro, AR-Bezüge zusätzlich weit über 200.000 Euro, u.a. bei Mannesmann AG ⁽²⁴⁾ -, also jener Klaus Zwickel schimpfte oft und laut über die hohen Manager-Abfindungen bei Mannesmann (insgesamt 110 Mio., davon Mannesmann-Chef Esser allein 60 Mio.). Zwickel muß wohl einen „blackout“, also erhebliche Erinnerungslücken, gehabt haben; denn er hatte an der entscheidenden Sitzung des Mannesmann-AR teilgenommen und den skandalösen Abfindungsbeschluß ungeniert passieren lassen. Oder hielt er gar die Öffentlichkeit für so blöd, daß diese den Vorgang nicht bemerken würde? Man könnte es ihm zutrauen. Und nun kämpft er auch noch mit dem Gerücht, selbst eine Abfindung kassiert zu haben.

Das ist nicht nur höchst peinlich für das Image der Gewerkschaften, sondern brachte Zwickel auch vor Gericht. Ihm wird, neben Anderen, Beihilfe zur Untreue vorgeworfen. Auf den Ausgang des Verfahrens wird man gespannt warten dürfen, wenn auch wohl eine längere Zeit.

Aber auch dieser Vorgang stellt die Mitbestimmungsregelung grundsätzlich in Zweifel: Warum sitzen eigentlich Gewerkschafter in Aufsichtsräten, wenn sie solch dreiste Selbstbedienungsaktionen nicht einmal im Ansatz verhindern (können oder wollen)? Da klingt es schon wie ein Hohn, wenn der DGB die Mitbestimmung preist:

„Wer gut arbeitet, will auch mitreden und mitentscheiden können“ ⁽²⁵⁾. Und wer schlecht arbeitet, wie Zwickel, Bsirske & Co.?

Da ist der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) ganz anderer Ansicht. BDI-Chef Michael Rogowski sagte dem „Handelsblatt“ ⁽²⁶⁾,

„das deutsche Modell der Mitbestimmung sei ein bürokratisches Monstrum und widerspreche den Ansprüchen an eine professionelle und unabhängige Unternehmenskontrolle. Arbeitnehmer und Gewerkschafter sollten einem Aufsichtsrat künftig nur noch als beratende Mitglieder angehören. Sie sollen nicht entscheiden.“ Vor allem in den Personalausschüssen, in denen z.B. die Vorstandsgehälter beschlossen werden, hätte sie nichts zu suchen; denn dadurch könne bei Vorständen ein Gefühl der Abhängigkeit von den Gewerkschaften entstehen, das ihre Entscheidungen beeinflusse. Die Arbeitnehmervertreter stehen meist vor starken Interessenkonflikten zwischen den Belangen der Belegschaft einerseits und den von wirtschaftlichen Überlegungen geprägten Interessen des Unternehmens andererseits. Es ist in der Tat unverantwortlich, unlogisch und unmoralisch, daß Gewerkschafter gegen Unternehmen zum Streik aufrufen, deren Aufsichtsrat sie gleichzeitig angehören.

Das deutsche Mitbestimmungsmodell gerät nach den Affären um Bsirske und Zwickel aber nicht nur in Deutschland unter Druck. Ausländische Unternehmensvertreter (und Investoren) haben grundsätzliche Zweifel, ob die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wirklich als unabhängige Unternehmenskontrolleure eingestuft werden können. „(Besonders) Amerikaner verstehen nicht, daß das Kapital in einem mitbestimmten Unternehmen nicht frei entscheiden kann“, meinte der Geschäftsführer der DOW Deutschland (Tochter von Dow Chemical, USA). Sein Mitgeschäftsführer Joachim Thalacker erweitert diese Feststellung: „Mir ist kein amerikanisches Tochterunternehmen bekannt, das freiwillig in die Mitbestimmung eintritt..(..)Man will sicherstellen, daß das Unternehmen Herr im eigenen Haus bleibt“(25). Wie in Kapitel I, 7 (ab S. 34) schon erläutert, bereitet die Mitbestimmung deutschen Unternehmen vor allem an den Finanzmärkten Schwierigkeiten. Einfach ausgedrückt: Die Mitbestimmung führt zu einer schlechteren Bewertung deutscher Unternehmen.

Aber auch europäische Unternehmen zeigen besondere Besorgnis. Die EU-Kommission hat Vorschläge zur grenzüberschreitenden Fusion von Unternehmen vorgelegt. Die geplanten Mitbestimmungsregeln machen vor allem die exportorientierten Unternehmen besorgt, weil sie damit wohl gezwungen würden, nicht nur bei der freiwilligen Rechtsform der „Europa AG“, sondern auch bei grenzüberschreitenden Fusionen das jeweils weitreichendste (!) Mitbestimmungsmodell zu übernehmen. Das wäre dann das deutsche Modell; denn kein anderes Land hat ein weitreichenderes. Das *weltweit einmalige* deutsche Mitbestimmungsmodell würde also „mitwandern“ und bei allen grenzüberschreitenden Fusionen angewendet werden müssen. Da dieses „weltweit einzigartige“ (DGB) Mitbestimmungsmodell jedoch niemand außerhalb Deutschlands haben will, wäre die Folge fatal: Es würden dann wahrscheinlich noch mehr deutsche Unternehmen ihren endgültigen Sitz in ein Land außerhalb der EU verlegen. Die Auswirkungen auf den deutschen (Arbeits-)Markt wären verheerend. Ausländische Bedenken? Abwanderungszwänge deutscher Unternehmen? Für den DGB kein Thema. Wie sagte noch IGM-Chef Peters: „Weiter so!“ Und auch so tut der DGB alles, dieses Land zu ruinieren.

5. Kündigungsschutz – das Arbeitsplatzvernichtungsprogramm des DGB

Kleine und mittlere Betriebe sind in Deutschland die wahren Arbeitsplatzbeschaffer und –Garanten. Große Unternehmen können leichter rationalisieren – also Arbeitsplätze abbauen; die kleinen „ticken“ anders. Einstellen und Feuern („hire and fire“) ist ihre Sache nicht. Sie sind ausgesprochen arbeitnehmertreu und reagieren lieber flexibel: Bei einem größeren Auftragsdruck gibt es Mehrarbeit, Überstunden und vorsichtig Neueinstellungen. Sie behalten dann aber nach Möglichkeit ihre Mitarbeiter auch in schwierigen Zeiten, was durch flexiblere Arbeitszeitregelungen, vorgezogenen Urlaub, Abbau von Überstunden etc. ermöglicht wird. Entlassungen sind für die Mittel-

ständler das allerletzte Mittel. In der Krise der letzten Jahre blieben aber auch die Kleinen vom Kündigungsdruck nicht verschont; denn zuviel Personal bedeutet Kostendruck, zu hoher Kostendruck führt letztlich in die Pleite.

Mitten in diese Situation plazierte die linke Bundesregierung – wohl als Dank für die DGB-Unterstützung im Wahlkampf – ein neues Kündigungsschutzgesetz, das gerade die kleinen Betriebe ihrer Flexibilität beraubt. Schon ab fünf Mitarbeiter fallen diese Betriebe unter das Kündigungsschutzgesetz. Union und FDP wollen den Kündigungsschutz erst bei Betrieben ab 20 festangestellten Mitarbeitern.

Es ist in Deutschland fast nicht mehr möglich, einen Mitarbeiter nur aus ökonomischen Zwängen loszuwerden (Ausnahme: schwere Verfehlungen des Mitarbeiters). Die Hürden des Kündigungsschutzgesetzes sind zu hoch, und die Arbeitsgerichte bis hinauf zum Bundesarbeitsgericht stellen sich in aller Regel auf die Seite der Arbeitnehmer, die grundsätzlich als „sozial schwach“ gewertet werden.

Die Folge: Große Unternehmen gründen Tochtergesellschaften, gliedern ganze Unternehmensbereiche aus oder, viel schlimmer, wandern ab ins Ausland. Den Mittelstand beißen die Hunde. Er kann nicht ausweichen, sondern trägt zudem die ganze Last des „Sozialstaates“. Kein Wunder, daß er nun zögerlicher reagiert als früher. Natürlich würde er, bei guter Auftragslage, gerne mehr Leute einstellen; aber der Kündigungsschutz wirkt wie eine Bremse. Gehen die Geschäfte nämlich wieder schlechter, kriegt er die Mitarbeiter nicht mehr los; und damit würde er die Pleite riskieren.

Mit einem klaren Satz charakterisiert der Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. H.-W. Sinn, die Regelung:

„Der gesetzliche Kündigungsschutz hat in Deutschland nur Arbeitsplätze vernichtet, statt neue zu schaffen.“ (27).

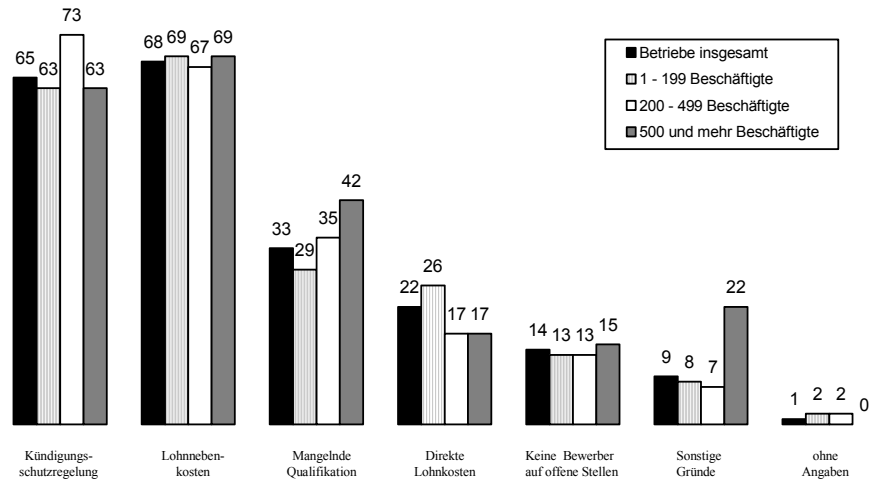
So kehrt sich der Kündigungsschutz zuerst gegen die kleinen und mittleren Unternehmen und treibt, nebenbei bemerkt, Abfindungen aus dem Arbeitsverhältnis immer höher. Für solche Abfindungsansprüche gibt es zwar keine gesetzliche (!) Grundlage, aber die Arbeitsgerichte haben sich längst darauf eingependelt, pro „Dienstjahr“ einen halben, manchmal einen ganzen Monatslohn als Abfindung zu diktieren. Infolgedessen schrecken Kleinbetriebe mit bis zu fünf Mitarbeitern, zumeist Handwerker, immer mehr davor zurück, mehr als fünf Beschäftigte einzustellen.

Auch hier erweist sich der DGB als Arbeitsplatzvernichter. „Mit Zähnen und Klauen“ (Peters) soll auch die untaugliche Kündigungsschutzregelung verteidigt werden. Selbst der eher moderate Chef der IG-BCE, Hubertus Schmoldt, warnt vor den Änderungsvorschlägen der Union und der FDP: *„Im Kern haben die Union, die FDP und einige Arbeitgeberverbände vor, die Gewerkschaften auszuschalten“* (28).

Das Ergebnis solch gewerkschaftlicher Verböhrtheit: Der einmal gutgemeinte Kündigungsschutz erweist sich als Jobkiller. Auf die Frage an Unternehmer, was für sie das größte Hindernis sei, neue Mitarbeiter einzustellen, ergab sich folgendes Bild:

JOBKILLER KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Was sind für Sie die größten Hindernisse, neue Mitarbeiter einzustellen?



(Angabe in Prozent der Antworten der befragten Betriebe; Mehrfachnennung möglich. Quelle: „Wirtschaftswoche“ 22.01.02)

Flexible Kündigungsregelungen, wie sie zum Beispiel zum Vorteil beider Seiten in Dänemark bestehen oder in Frankreich geplant sind, kommen für den DGB nicht infrage. Dort kann der Arbeitgeber viel leichter kündigen, muß sich aber an den Kosten des Arbeitslosengeldes beteiligen. Ergebnis: Unternehmen können sehr flexibel nach Auftragslage reagieren; die Arbeitslosigkeit in Dänemark liegt seit Jahren im untersten Bereich, knapp über null. Ähnliches gilt für die Schweiz. Beide Länder haben eben keinen „Kündigungsschutz“, wie wir ihn pflegen. In Deutschland aber erweist sich der Kündigungsschutz vielmehr als Jobkiller

Für die Gewerkschaften ist dies offensichtlich keine Diskussionsgrundlage; denn ihnen würde viel Mitsprache, die sie heute zur Genüge auskosten, aus der Hand genommen. Der DGB sieht wohl lie-

ber zu, wie ein Unternehmen am starren Kündigungsschutz eingeht. Hauptsache, man ist prinzipientreu. Damit zeigen sie, daß sie vornehmlich die Arbeitsplatzbesitzer vor den Arbeitsplatzsuchenden schützen wollen. Mit ihrem Beharren auf die starren deutschen Regeln erweisen sich die Gewerkschaften (und die Linken) deshalb als die wahren Feinde der Arbeitslosen und der Armen. So macht der DGB unser Land kaputt.

6. Streik – die verheerendste Waffe des DGB

Die Gewerkschaften stehen an der Wand, niemand will sie mehr verstehen. Sie aber reagieren mit Härte und Ruppigkeit und attackieren den Staat und seine Repräsentanten wie noch nie zuvor. Was gibt den Gewerkschaften das Recht, so laut zu schreien und Macht zu demonstrieren? Macht, die sie eigentlich gar nicht für sich reklamieren dürften – angesichts der Tatsache, daß nur noch um die 20 % der Beschäftigten Mitglied im DGB sind. Ihr Machtinstrument ist der Streik. Mögen sie auch noch so aufheulen, es ist an der Zeit, die Rechtsgrundlagen des Streiks infrage zu stellen.

Das Streikrecht ergibt sich angeblich aus Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes: Zur Durchsetzung von Arbeits- und materiellen Wirtschaftsbedingungen seien als „ultima ratio“ Kampfmittel erlaubt. Artikel 9, Abs. 3 GG schreibt aber nur die Koalitionsfreiheit fest: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“ Ein Streikrecht haben die Väter des Grundgesetzes, der Parlamentarische Rat, aber bewußt nicht in das Grundgesetz aufgenommen, weil dies bedeutet hätte, in letzter Konsequenz den politischen Streik und den Streik im öffentlichen Dienst auszuschließen. So ist bis heute das Streikrecht gesetzlich nicht geregelt. Es wurde lediglich „ersetzt“ durch Richtersprüche des Bundesarbeits- und des Bundesverfassungsgerichtes. Das Arbeitskampf-

recht ist damit weitgehend Richterrecht geworden. Dabei wurde die Verhandlungs- und Kampfparität stetig zu Lasten der Unternehmen verschoben. Warnstreiks wurden von der „ultima ratio“ zum beinahe wichtigsten Kampfinstrument der Gewerkschaften, mit häufig unverhältnismäßigen Folgen: Aus dem Angriffsstreik als letztem Mittel wurde nahezu ein erstes Mittel, das bereits bei laufenden Tarifverhandlungen unbeschadet einer Friedenspflicht eingesetzt wird. Haben die Unternehmen gegen solche Kampfmittel schon kaum praktikable Abwehrinstrumente, so haben ihnen die Gerichte zudem die Aussperrung als Kampfmittel praktisch verboten. Damit ist den Arbeitgebern ein geeignetes Gegeninstrument aus der Hand geschlagen worden. Unzweifelhaft steht fest (Bundesverfassungsgericht 1954), daß die Tarifautonomie im öffentlichen Interesse wahrgenommen werden muß. Das bedeutet: Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit steht in unauflösbarem Zusammenhang mit dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes (Artikel 20 und 28). Der Zweck der Tariffreiheit ist nach Meinung des Bundesverfassungsgerichtes „eine sinnvolle Ordnung des Arbeitslebens unter Mitwirkung der Sozialpartner in den sich aus dem Zweck ergebenden Grenzen..(..)..Die Tarifautonomie kann zum Schutz von Gemeinwohlbelangen eingeschränkt werden, denen verfassungsrechtlicher Rang zukommt.“

Halten wir einmal fest: Das Sozialstaatsprinzip hat unzweideutig verfassungsmäßigen Rang. Das Ziel, Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen bzw. die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, hat in hohem Maße Gemeinwohlcharakter. Wer dies bejaht, muß auch der Konsequenz zustimmen: **Das ständige, kategorische Nein des DGB zu notwendigen Reformen des Arbeits- und Sozialrechts ist ein Mißbrauch der Tarifautonomie.** Mehr noch: Die Gewerkschaften haben kein Recht auf ein allgemeinpolitisches Mandat. Selbstverständlich können sie zu allem und jedem ihre Meinung sagen. Politischer Streik, gar Generalstreik, wie von einigen gewerkschaftlichen Büchsenspannern angedroht, ist rechts- und grundgesetzwidrig.

Auch der einzelne, wirtschaftlich begründete Streik hat Schönheitsfehler. Zum einen kann eine Gewerkschaft gezielt die Betriebe zur Urabstimmung aufrufen, in denen sie eine hohe Zustimmung erwartet. Andererseits dürfen sich an der Urabstimmung aber nur Gewerkschaftsmitglieder beteiligen. Bei einer Durchschnitts-Organisationsquote von gerade mal 20 % ist es mit der demokratischen Legitimierung der Gewerkschaften nicht weit her. In Konsequenz bedeutet dies nämlich: Selbst dann, wenn sich 100% der Gewerkschaftsmitglieder in einem Betrieb an einer Urabstimmung beteiligen und für einen Streik stimmen, bedeutet z.B. eine Zustimmung von 75 %, daß sich gerade ´mal jeder sechste Beschäftigte für einen Ausstand ausspricht. „Repräsentativ“ ist ein solches Ergebnis allemal nicht. Aber Hauptsache, man schädigt die Wirtschaft. Selbst im öffentlichen Dienst nehmen die Streikvereinbarungen astronomische Höhen ein. Für den Tarifabschluß de luxe von 3,2 % in diesem Jahr muß der Staat – das sind übrigens wir alle – 2,5 Milliarden Euro hinblättern, im nächsten Jahr nochmals 2,9 Milliarden Euro. Diese Geld fehlt dann logischerweise für Schulen, Kindergärten, Straßen, Krankenhäuser etc. Ganz nebenbei bemerkt, ein Streik im öffentlichen Dienst, wenn auch nur Angestellten und Arbeitern erlaubt, ist Erpressung der Bürger; denn sie können sich überhaupt nicht gegen die Eingriffe der Gewerkschaften in öffentliche bzw. Hoheits-Aufgaben wehren. Trotz der durch diese Streiks entstehenden Versorgungsausfälle (z.B. Strom, Müllabfuhr etc.) dürfen sie nicht einmal die Rechnungen der öffentlichen Versorgungsträger kürzen.

Und ein Streik hat Nebenkosten, an die natürlich die Gewerkschaft erst gar nicht denken will: Es interessiert Gewerkschaften offensichtlich nicht, daß sie mit Streiks ganze Wirtschaftszweige schädigen, die mit dem Streik selbst überhaupt nichts zu tun haben, wie z.B. an den umsatzstarken Samstagen, wenn Streikende, die durch die Stadt marschieren, einen regulären Einkauf beim Einzelhandel unmöglich machen. Busse müssen stehen bleiben, der Verkehr liegt still usw.,

usw. Eigentlich müßten sie (die Gewerkschaften) dafür schadenersatzpflichtig gemacht werden. Streiks sind heute in der Form wie bisher nicht mehr vertretbar. Besonders die Neigung des DGB, Punktstreiks durchzuführen, ist ein Mißbrauch des Streikrechts. Solche Streiks einer spezialisierten Minderheit, wie etwa „Cockpit“ bei der Lufthansa oder die Gewerkschaft der Lokomotivführer bei der Bahn, legen die gesamte Organisation lahm, unter der alle, auch die Nichtbetroffenen, zu leiden haben. Diese Streiks sind unverhältnismäßig und durch das Grundgesetz nicht geschützt.

Über die Streikblamage der IG-Metall in der Metall- und Elektro-Industrie in Sachsen ist viel gespottet worden. Wer aber ersetzt den Ruf-Schaden, der dem Wirtschaftsstandort „Neue Bundesländer“ in aller Welt entstanden ist? „Ist der Ruf erst ruiniert...“

Nach Berechnungen des Automobil-Experten Prof. Ferdinand Dudenhöffer (FH Gelsenkirchen) haben deutsche Zuliefer-Firmen in den letzten fünf Jahren bereits zu 83 % Investitionen im Ausland (davon 26 % in Osteuropa) getätigt statt zuhause. Der Grund: In Tschechien oder Polen kostet die Arbeitsstunde drei Viertel weniger als in Sachsen oder Thüringen, statt z.B. 20 Euro eben nur 5 Euro. Das verbilligt letztlich auch das dort hergestellte Produkt, im Durchschnitt um ein Fünftel – bei gleicher Qualität!

Es bedarf keiner großen Anstrengung, sich auszumalen, wie die eben unterlegenen Gewerkschaftsfunktionäre in Sachsen bei den nächsten Tarifverhandlungen versuchen werden, ihren Prestigeverlust durch besonders harte Verhandlungen wieder wettzumachen. Die Gefahr liegt auf der Hand: Warum sollte ein potentieller Investor noch in den neuen Bundesländern haltmachen und nicht gleich nach Polen oder in die Länder des Baltikums ausweichen?

„...*Arbeitskampf ist nun aber in der gesellschaftlichen Diskussion das beste Synonym für 'veraltet'...*“ (Frank Teichmüller, IGM, in „metall debatte 1/01)

Es sieht so aus, als sei die Zeit der gesamtwirtschaftlichen Vernunft vorbei. Aber gerade in der derzeitigen Konjunkturlage sind Streiks mehr als bedenklich: Sie stärken die Neigung der Unternehmer, das Land zu verlassen. Wer schützt uns vor der willkürlichen Streiklust der Gewerkschaften, die unser Land ruinieren wird?

7. Schamlose Selbstbedienung – das „Zubrot“ des DGB

Hemmungslos bedient sich der DGB aus den Kassen der Bundesanstalt (jetzt: Bundesagentur) für Arbeit. Die gewerkschaftlichen Bildungswerke, Marktführer in der Weiterbildung, werden bisher von Gewerkschaftsfunktionären in der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit Aufträgen versorgt – just wie in einem Selbstbedienungsladen. Diese Art der „Weiterbildung“ zu gewerkschaftlichem Nutz und Frommen soll als versicherungsfremde Leistung der BA entzogen werden.

In diesem Zusammenhang rückt die Vorzeige-Dame des DGB, Frau Engelen-Kefer – von einigen wegen ihrer nervenden Art auch schon mal „*Frau Quengelen-Kläffer*“ genannt – in den Blickpunkt:

Diese Dame, die für ihre „Nebentätigkeiten“ wohl „gebührend“ entlohnt wird, entschied bis vor wenigen Monaten innerhalb der Bundesanstalt für Arbeit, bei der sie im Vorstand saß, mit über die Weiterbildungsgelder an das DGB-Berufsbildungswerk, ist gleichzeitig in der DGB-Spitze für das Bildungswerk verantwortlich und Aufsichtsratsvorsitzende des bfw. Sie ist (bzw. war) also in einer Person Geldgeber und –nehmer. Selbst die Bundesregierung mußte eingestehen: „Wer über Leistungen aus Beitragsmitteln (der BA) entscheidet, darf nicht letztlich selbst der Begünstigte sein.“

Von 7,3 Milliarden Euro für „Weiterbildung“ aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit geht der größte Teil an das DGB-Bildungswerk bfw und an die ver.di-Einrichtung DAA – mit den Stimmen des DGB. Rund achtzig Prozent der „Kunden“ des bfw kommen direkt vom Arbeitsamt, um sich beruflich zu qualifizieren oder fortzubilden. Einige der gewerkschaftlichen Bildungsstätten hatten sogar direkte Trägerverträge mit den Arbeitsämtern, Investitionen in Maschinen und Ausstattung wurde teilweise vom Arbeitsamt bezahlt.. Ohne die üppigen Zuwendungen der Bundesanstalt für Arbeit hat das bfw erhebliche Probleme. Nach dieser Interessenkollision befragt, gab Frau Engelen-Kefer ein bemerkenswertes Interview, das wir auszugsweise wiedergeben:

„Panorama“ und die Entlarvung der Frau Engelen-Kefer

Eine wahre Real-Satire nach Gewerkschaftsart: Über was hatte sich „ver.di im NDR“ aufgeregt? Als Beispiel hier Auszüge aus dem Sende-Protokoll von „Panorama“ vom 16.01.03, Überschrift: *„Filz beim Arbeitsamt – Milliarden-Geschäft mit der Weiterbildung“* (Die Anmoderation hatte Anja Reschke.):

(...) Kommentar (NDR):

Die Bundesanstalt für Arbeit: Hier wird über den sinnlosen, aber milliardenschweren Weiterbildungsmarkt entschieden, finanziert aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und Steuergeldern. Allein im letzten Jahr gab die Bundesanstalt 53 Milliarden Euro aus. Doch nicht einmal die Hälfte davon, nämlich 21 Milliarden Euro, gaben die Arbeitsämter für sogenannte „Arbeitsmarktpolitik“ aus. Der größte Einzelposten: 7 Milliarden für die Weiterbildung. Und diese Damen und Herren sind in der Bundesanstalt dafür verantwortlich: der Verwaltungsrat. Dieses Gremium wird dominiert von Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgebern (...). Gleichzeitig betreiben genau diese beiden Gruppen aber die größten Weiterbildungsunternehmen der Republik.

O-Ton Hilmar Schneider (Arbeitsmarktforscher):

„In gewisser Weise hat man es hier mit einer Art Selbstbedienungsladen zu tun, denn diejenigen, die im Aufsichtsgremium sitzen, sind gleichzeitig diejenigen, die auf der anderen Seite Nutznießer der Mittel sind, die hier verausgabt werden.“

Kommentar (NDR):

Über 30.000 Anbieter wollen diese Mittel. Besonders erfolgreich – wen wundert's – **das bfw, das Bildungswerk des DGB.**

Und sie organisierte den Aufstieg des bfw: Ursula Engelen-Kefer. **Die Spitzenfunktionärin** ist besonders aktiv, sowohl an der Spitze der Bundesanstalt als auch beim bfw.

O-Ton

Interviewer (an Frau Engelen-Kefer gewandt):

„Sie sind Aufsichtsratsvorsitzende des bfw – besteht da nicht die Gefahr der Selbstbedienung?“

Ursula Engelen-Kefer (DGB):

„Ich glaube, Sie täuschen sich, ich bin nicht mehr Aufsichtsratsvorsitzende im bfw, und deshalb erübrigt sich die Frage. Ich weiß jetzt auch langsam, wer dahinter steckt.“

Interviewer:

„Sie sind doch beim DGB, und der DGB ist in beiden Seiten vertreten. Der DGB hat ein Berufsbildungswerk einerseits, und der DGB sitzt im Verwaltungsrat der Bundesanstalt.“

Engelen-Kefer:

„Also,.....“

Kommentar (NDR):

Die Multifunktionärin scheint den Überblick verloren zu haben, denn unsere Nachfrage beim bfw ergibt eine klare Sachlage: Vorsitzende des Aufsichtsrates ist Dr. Ursula Engelen-Kefer. Doch über ihre Doppelrolle will sie auch beim 2. Anlauf nicht sprechen.

O-Ton Engelen-Kefer:

„Ich bitte wirklich darum, hier gezielte Fehlinformationen zu unterlassen.“

(.....)

(...) Kommentar (NDR):

Hauptprofiteur bei der Geldvergabe ist die Deutsche Angestellten Akademie, die DAA. Auch sie gehört zu einer Großgewerkschaft, ver.di. Und auch ver.di sitzt – wen wundert's? – in den Verwaltungs-Ausschüssen der Arbeitsämter mit den Milliardenhaushalten.

Doch über diesen Filz wollen die Gewerkschaftsfunktionäre lieber nicht sprechen.

O-Ton Interviewer (an Engelen-Kefer):

„Sie sind doch im DGB-Vorstand?“

Engelen-Kefer:

„Warum fragen Sie denn nicht andere? Ich mein', das betrifft genauso die Arbeitgeber.“ (...)

(...) Kommentar NDR:

(...) Die Möglichkeit zur Selbstbedienung hier bei der Bundesanstalt für Arbeit besteht fort, auch wenn es erste Reformen gibt. Doch an der Verwaltung durch die Gewerkschaften und Arbeitgeber wird bisher nicht gerüttelt. Deshalb die Frage an den Arbeitsminister (Clement, d.Autor.): Wann wird die Selbstbedienung abgeschafft? Zunächst eine ausweichende Antwort, dann die Nachfrage:

O-Ton Interviewer:

„Mir geht es darum, daß die Träger der größten Weiterbilder ja selber im Aufsichtsrat, also im Verwaltungsausschuß....“

Wolfgang Clement (Bundesarbeitsminister):

„Ich habe Ihre Frage schon verstanden, aber ich möchte sie jetzt nicht konkreter beantworten, als ich es getan habe, sondern wir bereiten jetzt, natürlich auch in Diskussionen mit der Bundesanstalt, wir bereiten die Gesetzgebung vor.“

Kommentar (NDR):

Das dürfte schwierig werden, denn die bisherigen Nutznießer wollen von Veränderungen nichts wissen.

O-Ton Interviewer (an Engelen-Kefer):

„Sie sind seit Jahrzehnten verantwortlich für die Weiterbildung – ist es nicht Zeit, Konsequenzen zu ziehen?“

(Ursula Engelen-Kefer geht ohne Antwort.)

(...)

Abmoderation von Anja Reschke (NDR):

„Ursula Engelen-Kefer ist inzwischen tatsächlich nicht mehr Aufsichtsratsvorsitzende des Berufsbildungswerkes. Drei Tage nach dem PANORAMA-Interview wurde ein neuer Vorsitzender gewählt. Aber in all ihren anderen Funktionärsposten wird sie uns erhalten bleiben.“

Da bleibt nur nachzutragen: Leider!

Mit 7,3 Mrd. Euro wurde also zu einem großen Teil gewerkschaftliche Arbeit finanziert. Skandalös ist in diesem Zusammenhang auch, daß es weder bei der Bundesagentur für Arbeit noch beim bfw einen Über-

blick über die Ergebnisse dieser „Bildungsarbeit“ gibt. Es wird z.B. nicht erfaßt, ob jemand, der an einer Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen hat, beruflich tatsächlich wieder fußfassen konnte. Es gibt keine Kontrolle über die Seminarteilnehmer, keine Erfolgs-Statistiken o.ä.. Immerhin nahmen im Jahre 2002 fast 340.000 Menschen an den Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesanstalt teil.

Selbstbedienung in Stadtwerken und BHW

Daß heute viele ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre, meist mit SPD-Parteibuch, eine berufliche Alternative in üppig besoldeten Stadtwerke-Chefsesseln erhalten, kann man fast in jeder größeren Stadt erleben. Diese wundersame Karriere-Schleuder wird durch Filz begünstigt, besonders in den sozialdemokratisch regierten Kommunen, wie die vielen Skandale in Köln, Mülheim, Wuppertal, Hamburg, München usw. belegen. Jahreseinkommen von 150.000, 200.000 Euro oder mehr erscheinen nachgerade selbstverständlich, zumal für die Vertreter der unterdrückten Werktätigen. Der Wechsel vom biederen Gewerkschaftssessel in die bequemen Fauteuils von Stadtwerken, Stadtentwicklungsgesellschaften o.ä. scheint hürdenlos und ausschreibungsfrei zu sein. Man möge nur die Berichte über die „Müllskandale“ etc. studieren.

Besonders dreist gingen aber die Genossen in Hameln vor. Dort residiert das **BHW**, das ehemalige „Beamtenheimstättenwerk“, heute ein führendes Finanzinstitut unseres Landes, fest in gewerkschaftlicher Hand – gehört es doch hauptsächlich dem DGB (und dem DBB). Wer sich mit den Beteiligungen des DGB bzw. der BGAG, der Beteiligungsgesellschaft des DGB, befaßt, kommt am BHW nicht vorbei. Und ein vertiefter Blick in jenes Hamelner Unternehmen lohnt allemal. Hameln? Den Namen kennt man doch schon aus dem Märchen (?) vom „Rattenfänger von Hameln“. Die Legende erzählt, daß er vor vielen, vielen Jahren mit seiner Schalmei die Kinder der

Weserstadt hinter sich herlockte – und plötzlich waren sie auf Nimmerwiedersehen verschwunden...Womit wir wieder beim BHW wären. Denn auch dort verschwanden Millionen auf Nimmerwiedersehen, was allerdings kein Märchen ist. Es ist eigentlich eine schöne, stolze Firma, das BHW. Unter dem eher betulichen Namen „Beamtenbausparkasse Heimstättengesellschaft der deutschen Beamtenschaft mbH (BHW)“, 1928 mit Sitz in Berlin gegründet, verlegte es den Geschäftssitz 1947 nach Hameln. 1951 wurden die Gesellschaftsanteile des BHW aus der Treuhandverwaltung auf die Vermögensholdings des Deutschen Beamtenbundes (DBB) und des DGB (BGAG) übertragen. Seit 1990 ist das BHW eine „ganz normale“ Bausparkasse. Die BHW-Holding AG ging 1997 an die Börse. Die **Gesellschaftsanteile** liegen heute (2002) **zu 38 % bei der BGAG (DGB)**, zu 36 % beim DBB, zu 9,2 % bei der Münchener Rück. 8,5 % sind eigene Aktien, und 8,3 % befinden sich in Streubesitz. Man kann also das BHW durchaus als gewerkschaftliches Unternehmen bezeichnen. Die BHW-Gruppe ist mit derzeit rd. 3,2 Mio. Kunden, einer Bilanzsumme von 123 Milliarden Euro, rund 5.700 Mitarbeitern und rd. 3.600 Handelsvertretern eines der größten Finanzdienstleistungs-Unternehmen.

Die BHW-Holding AG umfaßt folgende Firmen:

BHW Bausparkasse AG (die zweitgrößte in Deutschland); BHW Allgemeine Bausparkasse AG; BHW Lebensversicherungs AG; BHW Bank AG; Allgemeine Hypothekenbank Rheinboden AG (eine der größten reinen Hypothekenbanken in Deutschland); BHW Invest GmbH; BHW Immobilien GmbH; easyhyp GmbH; und Allgemeine Bausparkasse Prag (ein 50%-joint venture) – alle jeweils mit bedeutender Marktstellung. Es gibt Auslands-Niederlassungen in Belgien, Italien und Luxemburg. Hinzu kommt noch ein joint venture mit der indischen BIRLA Home Finance Ltd., Neu Delhi.

Die Zahlen des BHW-Konzerns können sich sehen lassen:

	(In Millionen EURO)	
	Jahr 2001	Jahr 2000
Betriebsergebnis	284,4	184,9
Jahresüberschuß	183,6	184,9
Bilanzsumme	123 330 (also 123,3 Milliarden €)	125 342
Eigenkapital	2.381	2.354
Mitarbeiterzahl (jeweils 31.12.)	5.694	5.887

(Quelle: Unternehmensangaben/Geschäftsberichte)

Ein interessanter Wert, dürfte man meinen. Und das meinten einige Vorstände im BHW auch. Sie machten Kasse – und wie!

Der Vorstand der Holding stand unter dem Verdacht des Insiderhandels, weswegen die „Bundesanstalt für Dienstleistungsaufsicht“ ermittelte. Der Vorstandsvorsitzende, Reinhard Wagner, und seine drei Vorstandskollegen hatten 1997 (entspr. dem Mitarbeiterbeteiligungs-Programm beim ersten Börsengang des BHW) insgesamt 175 000 Aktien des BHW zum Vorzugspreis von je 26 DM (also 13,29 €) erworben. (Für solche Geschäfte gibt es eine Börsen-Bindungsfrist - „lock-up-period“ -, die allzu starken Druck auf die Kurse durch zu schnellen Verkauf verhindern soll.) Als im Dezember 2001 der Kurs der Aktie bei rd. 24 Euro – also bei etwa 47 DM – lag, witterten die Vorstände die Chance ihres Lebens: Sie stießen 174.000 Aktien (also fast alle), die sie für je 26 DM gekauft hatten, für nunmehr je rd. 22,80 € (etwa 43 DM) ab. **Der Gewinn der Vorstands-Manager: rd. 3 Millionen EURO!** Nun, dieser Handel war wohl nicht gesetzwidrig, aber eher unmoralisch und hat „Geschmäcke“,

zumal die „einfachen“ Mitarbeiter des BHW noch im November 2001 dazu ermuntert worden waren, ihre Aktien zu behalten, womit sie die Gelackmeierten sind. Heute (10.04.2003) hat die BHW-Aktie wieder mal einen absoluten Tiefstand erreicht: Sie geht mit gerade mal 6,30 Euro (also nicht mal 12 DM) vom Parkett. Würde ein BHW-Mitarbeiter also heute verkaufen, erzielte er eben diese 12 DM – und nicht, wie die Vorstände, fast das Doppelte, nämlich rd. 43 DM je Aktie – und hätte damit seinen Aktienwert halbiert. Zwar durften die Manager ihre eigenen Aktien verkaufen – wie auch alle übrigen Mitarbeiter –, etwas mehr Loyalität wäre aber sicher besser gewesen. So ist der Ruf des BHW leicht lädiert, die Aktie erholt sich nicht, und der von Wagner so ersehnte Aufstieg aus dem Tal des S-DAX zumindest in den M-DAX bleibt bis auf weiteres ein Märchen. Der Verkauf eines großen Aktienpakets aus dem Bestand des Beamtenbundes wurde abgesetzt; die Aktie war nicht gefragt.

Selbst an solch kleinen (?) Beispielen zeigt sich, wie sehr der DGB den gesellschaftlichen Konsens aufgegeben hat. Er ist dabei – hört man die Stimmen der großen DGB-Führer –, diesen Staat weit über das Machbare hinaus zu strapazieren und herauszufordern. Er ist dabei, dieses Land zu ruinieren – wenn wir uns nicht wehren.

8. Volksfront marschiert...

Sie haben nichts, gar nichts, dazugelernt. SPD, DGB, PDS – sie scheuten und scheuen zu keiner Zeit Bündnisse, vor allem „gegen Rechts“.

Der DGB-Schulterschuß mit Gerhard Schröders SPD ist das eine, die künftige Gewerkschaftspolitik das andere. Mit **Michael Sommer** – **einst im SED-Ableger „SEW-Hochschul-Gruppen“ aktiv** (29) – steht offensichtlich eine Richtungsänderung bevor: mehr Ideologie, weniger Pragmatismus – die klassische „Rolle rückwärts“. Und dabei hilft die PDS gerne mit. In ihr haben viele Gewerkschaftsmitglieder

endlich eine Verbündete gefunden, die sie – anders als weiland die DKP – auch vorzeigen zu können glauben. Aber lassen wir Michael Sommer doch selbst zu Wort kommen. In einem Interview mit der Illustrierten „SuperIllu“⁽³⁰⁾ erläuterte er seine „Abkehr“ von der SEW:

Frage: „Wieso wurden Sie als Student ausgerechnet Mitglied der SEW, also des Westberliner Ablegers der SED?“

Sommer: „Damals war die SPD in Berlin nicht gerade fortschrittlich..“

Frage: „Und die SEW war fortschrittlich?“

Sommer: „In meinen Augen damals ja. Man darf sich in seinem Leben auch irren. Ich gehöre zu denen, die zu ihren Irrtümern stehen. Der auslösende Faktor für mein politisches Engagement war der Putsch in Chile gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Allende im September 1973. Ich habe aber dann schnell gemerkt, daß mein Engagement bei der SEW ein Irrtum war. Und als die DDR Wolf Biermann auswies, bin ich aus der SEW ausgetreten.“

Frage: „Aber es war doch schon vorher mit Händen zu greifen, daß im SED-Staat Menschenrechte nicht viel galten.“

*Sommer: „Nein, nicht in meiner damaligen Wahrnehmung. Ich wußte auch viel zu wenig über die DDR. Die DDR-Propaganda redete von Antifaschismus und Fortschritt und davon, daß es den Leuten besser geht. **Mich hat damals am Sozialismus die Idee interessiert, nicht die Realität...“***

Bei solch sonnigen Sommer-Gedanken fällt einem nur noch der sozialistische Morgengruß ein: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

Die systematische Aufwertung der PDS durch die SPD hat auch bei den Gewerkschaften ihren Niederschlag gefunden. Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer war jedenfalls auf dem DGB-Wahlkongreß im

letzten Jahr ein willkommener Gast. Ihr Grußwort wurde mehrfach von Applaus unterbrochen – während Unions-Kanzlerkandidat Stoiber eher „ertragen“ wurde.

Auf dem falschen Bein „Hurra !“ schrie allerdings der Berliner DGB-Vorsitzende Dieter Scholz: Der PDS-Star Gysi sei „*der einzige Lichtblick im rot-roten Senat*“. Pech für Scholz: Kurz drauf verabschiedete sich Gysi auf englisch und warf den Genossen die Klamotten hin.

Und der nicht kleinzukriegende Bundesverkehrsminister (und als STASI-IM verdächtige) Manfred Stolpe sieht (in einem Gespräch mit dem Berliner „Tagesspiegel“) „*noch Raum für eine Partei wie die PDS*“: Stolpe, der 1992 als einziger Ministerpräsident der SPD im Osten (Brandenburg) wegen seiner Vergangenheit in Schwierigkeiten geriet, machte just dann das Tor zur PDS weit auf, als die MfS-Akten über den inoffiziellen Mitarbeiter (IM) mit dem Decknamen „Sekretär“ auftauchten. Da half nur ein „Seitensprung“:

Die von Bisky geführte PDS-Fraktion im brandenburgischen Landtag sorgte – notabene gemeinsam mit der SPD – dafür, daß Stolpe vom Vorwurf entlastet wurde, über ein Jahrzehnt als „IM Sekretär“ für die STASI gearbeitet zu haben. Daraufhin erfand Stolpe voller Dankbarkeit den „Brandenburger Weg“ zum kooperativen Umgang mit der PDS. Schließlich hackt ja eine Krähe der anderen kein Auge aus.

Die „Firma“ am Kabinetttisch – dank SPD

Solch' Gebaren erzürnte zwar einige ehrbare SPD'ler, wie den Gründer der DDR-SPD, Markus Meckel, und den Abgeordneten Stephan Hilsberg, änderte aber an der eingeschlagenen Richtung nichts. So blieb Stephan Hilsberg im letzten Jahr, als Stolpe zum Bundesverkehrsminister ernannt wurde, nur die bittere Bemerkung:

„Damit sitzt zum ersten Mal die „Firma“ mit am Kabinettstisch der Bundesrepublik.“

Und sie ist weiterhin „rührend“ tätig - für die Werktätigen, für den Frieden und gegen alles mögliche. Trotz der herben Schlappe, die die PDS bei der Bundestagswahl 2002 einstecken mußte, werden fröhlich Bündnisse mit anderen sozialistischen Gruppen geschmiedet – grad’ so wie in der Vergangenheit. Hier einige Beispiele aus Hunderten – man muß sich nur einmal Internet-Seiten von Juso- oder DGB-Jugend-Gruppen anschauen:

- **DGB, PDS, MLPD** (Marxisten/Leninisten), **Grüne** und andere brachten am 24.01.03 in Köln *„eine beeindruckende Menschenmenge“* (Eigenmeldung) für eine „Friedensdemonstration“ zusammen. (31)
- Das „antifaschistische Aktionsbündnis Karlsruhe“, u.a. bestehend aus **DGB, PDS, VVN/BdA**, machte am 15.06.2002 zu einer Demonstration auf dem Europaplatz mobil. (32)
- Für den 01. Mai 2002 beschließen **PDS, DGB und SPD** eine gemeinsame „zentrale Veranstaltung“ im Kreis Mittweida. (33)
- **DGB und PDS** waren am 26.10.2002 „Erstanmelder“ einer „antifaschistischen Kundgebung“ in Suhl. Neben der „Suhler Friedensinitiative“ unterstützte auch eine „Freie Union Revolutionärer AnarchistInnen“ die Aktion. (34)
- Am 03. Juli 2001 demonstrierten in Köln **DKP, PDS, JUSOS und ver.di** „für den Erhalt des sozialen Wohnungsbaus“. SPD und DGB hatten ihre Unterstützung zugesagt. (35)
- Zum 08.01.2000 meldete der DGB (!) eine Kundgebung in Hamburg-Bergedorf an; Motto: „Aufstehen!“ Das Bergedorfer *„Bündnis gegen Rassismus und Faschismus“* wurde von einem breiten Spektrum aus **DGB, SPD, Regenbogen (Grüne), IG-**

Medien, HBV, IG-Metall, DAG, VVN, GAL und anderen getragen. (36)

- Zur Verhinderung eines NPD-Aufmarsches bilden in Essen u.a. **DGB, PDS, Grüne und SPD** ein „*Bündnis gegen Rechts*“. Die dazu gehörende Demonstration am 06.05.2000 wurde von der PDS angemeldet. (37)
- **Anlässlich des Festaktes „80 Jahre Humanistische Lebenskunde“ in Berlin-Neukölln forderte ein Bündnis aus SPD, PDS, Grüne und GEW die Fortsetzung des Schulfaches „Lebenskunde für konfessionsfreie Menschen in der Stadt“.** (Eigene Pressemeldung)
- In Duisburg hat sich ein Bündnis aus **SPD, DGB und Grünen** gebildet, das für die Reform des Staatsbürgerrechts wirbt. In Recklinghausen „macht ein **Bündnis von Antifas, PDS, Grünen und Jusos mobil**“ (taz). (38)
- **SPD, DGB, Grüne, DKP und PDS verkündeten (1997) in Erfurt eine „Erfurter Erklärung“ mit dem Titel „Bis hierher und nicht weiter“ und riefen zu einer Großdemonstration am 20. Juni in Berlin auf.**

Parole: „*Aufstehen für eine andere Republik!*“. Zwei der Initiatoren, die DGB-Spitzenfunktionäre Horst Schmitthener (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall) und Bodo Ramelow (damals Vorsitzender der HBV in Thüringen), berichteten dem PDS-Bundesvorstand „ausführlich über die Vorbereitungen der Berliner Aktion“. Der damalige PDS-Vorsitzende Lothar Bisky versprach „Hilfe und Unterstützung“. Schmitthener bedankte sich (lt. einer Meldung des Ostpreußenblattes) mit geradezu hymnischen Worten gerührt bei den

„lieben Kolleginnen und Kollegen“ für die Einladung und pries die Erfurter Erklärung als „*Nukleus der sozialen Bewegung.*“ (39)

- Dazu paßt natürlich die Eloge des damaligen **DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte**:

„Meine Kollegen im Osten berichten von positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der PDS.“ (40)

Dies waren nur einige Beispiele, wobei aber noch Fragen bleiben:

- Wann demonstrieren die Genossen von SPD, PDS, DGB u.a. eigentlich ´mal z.B. für die Arbeitslosen oder für den sterbenden Mittelstand oder, oder..? Auf Antwort wird man lange warten.
- Wer bezahlt eigentlich alle diese Demonstrationen und Bündnisse? Immerhin: Was da so „spontan“ aussieht, ist in Wirklichkeit bestens organisiert. Da werden – per „Buschfunk“ – ganze Busladungen von „Spontan-Demonstranten“ manchmal quer durch die Republik herangekarrt, und diese haben, oh Wunder, auch gleich die passenden Transparente zur Hand – selbstverständlich „spontan“ gedruckt.
- Den DGB sollte man fragen, ob die Teilnahme an solcherlei Aktivitäten vielleicht aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert wird. Dabei sollte der DGB daran denken, daß nach den Umfragen der renommierten Wahlforschungsinstitute mindestens 20 % der DGB-Mitglieder CDU bzw. CSU wählen. Ob die aber mit solcher Verwendung ihres Beitrages einverstanden sind, darf füglich bezweifelt werden.
- Wer im DGB genehmigt bzw. finanziert eigentlich die unendliche Zahl radikaler Bündnisse und Aktionen, vor allem von DGB-Jugendgruppen, die quer durch Deutschland organisiert oder

mitgetragen werden? Was da an Radikalität zu Tage tritt, ist unbeschreiblich.

Zu guter Letzt: All diese Aktionen und Volksfrontbündnisse halten DGB'ler nicht nur für unbedenklich, sondern offensichtlich geradezu für dringend notwendig. Man darf sich vorstellen, was umgekehrt passieren würde, wenn die CDU z.B. zusammen mit den Republikanern demonstrieren würde. Es ginge ein Aufschrei durch unser Land. Will der DGB so unseren Staat, unsere Gesellschaftsordnung ruinieren?

Quellen-Verzeichnis

- 1) Wirtschaftswoche, 15.07.03
- 2) Die Zeit, 28.08.03
- 3) Wirtschaftswoche, 17.06.03
- 4) Wirtschaftswoche, 22.05.03
- 5) Frankfurter Rundschau (FR), 13.10.03
- 6) P. Helmes: „Macht Kasse Genossen“, DDK, HH 2003, S.28
- 7) Geldidee 13/03
- 8) Die Welt, 12.07.03
- 9) Frankfurter Rundschau, 06.09.03
- 10) KKH-Nachrichten 4/2003
- 11) Welt am Sonntag, 13.07.03
- 12) Handelsblatt, 09.07.03
- 13) Süddeutsche Zeitung, 30.08.03
- 14) Die Welt, 22.07.03
- 15) Rhein-Zeitung, 28.08.03
- 16) siehe 6) Vorwort von Heinrich Lummer, S. 6
- 17) siehe 6), Seite 17 f.: „Deutschlands mächtigste Blockierer“
- 18) Financial Times Deutschland (FTD), 25.08.03
- 19) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 19.09.03
- 20) siehe 6), Seite 9
- 21) Kölner Stadt-Anzeiger, 06.09.03
- 22) Frankfurter Rundschau, 06.09.03
- 23) Welt am Sonntag, 07.09.03
- 24) siehe 6), Seite 29 f.
- 25) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.09.03
- 26) Handelsblatt, 14.04.03
- 27) BILD, 16.10.03
- 28) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.09.03
- 29) Welt am Sonntag, 02.06.02
- 30) „SuperIllu“, 01.12.02
- 31) Quelle: www.irakkrieg.info, 10.03.03
- 32) Quelle: www.indymedia.org, 14.06.02
- 33) Quelle: www.rotkehlchen-burgstedt.de, 11.09.01
- 34) Quelle: www.nadir.org, 23.10.02
- 35) Quelle: www.dkp.de, 13.07.01
- 36) Quelle: www.labournet.de, 31.01.2000
- 37) Quelle: www.pds-essen-im-rat.de, Mai 2000
- 38) Quelle: www.taz-ruhr.de, 28.01.99
- 39) Helmut Bärwald in „Ostpreußenblatt“, 13.06.98
- 40) Welt, 27.12.01